



**Protokoll der 38. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld  
vom Mittwoch, 12. Dezember 2018, 16:00 Uhr im Rathaus**

**Vorsitz:** Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber

**Namensaufruf:** 38 anwesende Mitglieder

**Entschuldigt:** Gemeinderat Stefan Geiges, Gemeinderätin Irina Meyer

**Mitanwesend:** 5 Stadtratsmitglieder

**Gemeinderatssekretär:** Herbert Vetter

- - -

**Traktanden**

- 211 Mitteilungen
- 212 Protokoll der Sitzung vom 14. November 2018
- 213 Totalrevision des Reglements über den Erwerb des Bürgerrechts der Politischen Gemeinde Frauenfeld (Einbürgerungsreglement EBR)  
Redaktionelle Beratung, Schlussabstimmung
- 214 Alterszentrum Park - Erhöhung Betreuungszuschlag für Wohnform EG Süd "Geschützte Wohngruppe für Menschen mit Demenz"  
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 215 Budget der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für das Jahr 2019 (inkl. Kenntnissnahme Finanzplan 2020 bis 2022 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park gem. Antrag 6 der Botschaft)  
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Herr Stadtpräsident, meine Damen und Herren Stadträte, werte Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, liebe Medienvertreter, wir sind heute Nachmittag und Abend hier, um die Zukunft der Stadt zu diskutieren. Für einige zum letzten Mal in offizieller Mission. Schön wäre es, wenn wir auch mit so zufriedenen und glücklichen Gesichtern nach Hause gehen würden wie die Kinder am Chlausmarkt mit ihren Säckli oder die Kufsteiner Kinder, die am vergangenen Wochenende an ihrem Weihnachtsmarkt einen Schoggisamichlaus geschenkt bekamen. Danken möchte ich an dieser Stelle unserer Chlausgesellschaft für ihre grosse Freude, die sie Jahr für Jahr wieder verbreitet. In diesem Sinn bitte ich alle um eine faire und sachliche Diskussion und: In der Kürze liegt die Würze.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind. Gestattet ist heute Abend Fotograf Reto Martin von der Thurgauer Zeitung, dass er Fotos macht. Das Büro hat das bewilligt.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Gemeinderatspräsidentin fest, dass 38 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 20.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

**211**

## **MITTEILUNGEN**

### **Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):**

1. Am 20. November 2018 wurde dem Gemeinderat die Botschaft Nr. 40 des Stadtrats "Kredit von 600'000 Franken für die Vertiefung der Machbarkeit, Vorprojekt für die zentrumsnahe Stadtentlastung" zugestellt.
2. Mit Beschluss Nr. 301 wurde die Einfache Anfrage von Gemeinderat Roman Fischer betreffend "Stand Verbesserungen für den Veloverkehr im und ums Zentrum der Stadt Frauenfeld" vom Stadtrat am 27. November 2018 beantwortet.
3. Mit Beschluss Nr. 302 wurde die Motion von Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott und Gemeinderat Michael Pöll betreffend "Zeitgemässes Abstellplatzreglement" vom Stadtrat ebenfalls am 27. November 2018 beantwortet.
4. Mit Beschluss Nr. 285 wurde vom Stadtrat mitgeteilt, dass das Referendum gemäss dem Landverkauf an Twerenbold Service AG zustandegekommen ist. Das Abstimmungsdatum ist der 10. Februar 2019.
5. Die Referendumsfrist der Änderung Reglement zum Schutzplan Natur- und Kulturobjekte ist am 10. Dezember 2018 unbenutzt abgelaufen.
6. An Ihren Plätzen liegen folgende Unterlagen auf:
  - Lachsfarbene Papiere zur Botschaft Nr. 38 zum Budget der Stadt Frauenfeld für das Jahr 2019, Antrag der GPK Finanzen und Administration sowie der GPK Bau und Werke vom 13. November 2018 und 15. November 2018
  - Endfassung des Einbürgerungsreglements der Stadt Frauenfeld mit den Änderungen der Redaktionskommission vom 21. November 2018
  - Terminplan der GPK-Sitzungen Rechnung 2018

7. Gemeinderat Pascal Frey hat eine Einfache Anfrage eingereicht mit dem Titel "Massnahmen bei Trockenheit".
8. Gemeinderätin Félicie Haueter, Gemeinderat Pascal Frey und Gemeinderat Ralf Frei haben eine Motion mit dem Titel "Anpassung der Personalverordnung im Bereich Vaterschaftsurlaub und Betreuung von kranken Kindern" eingereicht. Sie geht herum. Ich werde am Schluss nochmals sagen, wie viele unterschrieben haben.
9. Hat es weitere Einfache Anfragen, Interpellationen, Motionen? – Dies scheint nicht der Fall zu sein.

212

### PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 14. NOVEMBER 2018

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Das Protokoll der 37. Sitzung des Gemeinderats wurde am 27. November 2018 im Frauenfelder Extranet aufgeschaltet. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind keine weiteren Änderungen, Ergänzungen eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll vom Mittwoch, 14. November 2018 gewünscht? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Protokoll.

213

### TOTALREVISION DES REGLEMENTS ÜBER DEN ERWERB DES BÜRGERRECHTS DER POLITISCHEN GEMEINDE FRAUENFELD (EINBÜRGERUNGSREGLEMENT EBR)

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** An seiner Sitzung vom 14. November 2018 hat der Gemeinderat das Einbürgerungsreglement beraten. Anschliessend wurde es an die Redaktionskommission überwiesen. Diese hat nun beraten und Ihnen die aufliegende Fassung vorgelegt. Wir beraten die redaktionellen Änderungen.

**Gemeinderat Robin Kurzbein (CH), Referent im Namen der Redaktionskommission:** Die Redaktionskommission hat sich am 21. November mit Gemeinderatssekretär Herbert Vetter getroffen zur redaktionellen Beratung des Reglements über den Erwerb des Bürgerrechts der Politischen Gemeinde Frauenfeld. Von den 21 Artikeln auf sechs Seiten des Einbürgerungsreglements waren 18 tadellos, was einer Quote von sechs aus sieben oder 85,47% entspricht. Wir konnten also drei Korrekturen vornehmen, diese finden sich in den Art. 13, 14 und 17 auf den Seiten 4 und 5.

Auf Seite 4 Art. 13 geht es um die Stimmigkeit von Singular und Plural oder Numerus confus. Statt "Kommen die Bewerberin oder der Bewerber den von ihnen gesetzten Auflagen [...]" sollte es heissen "Kommen die Bewerberinnen oder Bewerber den von ihnen gesetzten Auflagen [...]".

Auf Seite 4 Art. 14 hat sich in Abs. 1, 3. Zeile beim Adjektiv "angemessen" die Endung e aus dem Staub gemacht. Hier sollte es heissen "kann das Gesuch für eine angemessene Dauer sistiert werden".

Die dritte Korrektur auf Seite 5 Art. 17 war eher ein Fall für den Duden, befindet sich in Abs. 1 und betrifft die Wortgattung. In Zeile 2 wird die Präposition "zuhanden" zusammen und klein geschrieben.

Soviel von unserer Seite zur redaktionellen Beratung des Einbürgerungsreglements.

**Gemeinderat Fredi Marti (Mprof):** Soviel Zeit muss sein. Ich finde, das ist noch ein wichtiges Reglement und ich spreche zu Art. 11 Abs. 2, 1. Satz. Dort fehlt ein Komma, und zwar ist das ein eingeschobener Nebensatz. Im ersten Satz, der mit "wenn" beginnt nach dem "oder, wenn", denn vor dem abschliessenden Verb "verschieben" hat es ja auch ein Komma, wo der eingeschobene Nebensatz abgeschlossen wird. Ich beantrage, dieses Komma vor dem Adverb "wenn" noch einzusetzen.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Können Sie nochmals sagen welcher Absatz? – Abs. 2. Sind alle einverstanden? Ich sehe Kopfnicken. Ich gehe davon aus, es ist ok, das werden wir nachholen.

**Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP):** Ich bitte, auf Seite 5 ganz oben den vermutlich durch die Formatierung verlorengegangenen Art. 17 wieder einzufügen.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Art. 17 steht leider auf Seite 4, aber er ist drin. Die Formatierung wird nachgeholt, wenn Sie einverstanden sind. – Ich sehe auch Kopfnicken.

### **Abstimmung**

Dem Einbürgerungsreglement mit den redaktionellen Änderungen wird einstimmig zugestimmt.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Die durch den Rat genehmigte Inkraftsetzung der Totalrevision des Einbürgerungsreglements wird dem Behördenreferendum und dem fakultativen Referendum gemäss Art. 11 der neuen Gemeindeordnung unterstellt. Wer sich hier und jetzt für ein Behördenreferendum aussprechen möchte, erhebe sich bitte jetzt vom Sitz. – Dies ist nicht der Fall. Die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten beginnt demzufolge am 13. Dezember 2018 und endet am 28. Januar 2019.

## **214**

### **ALTERSZENTRUM PARK - ERHÖHUNG BETREUUNGSZUSCHLAG FÜR WOHNFORM EG SÜD "GESCHÜTZTE WOHNGRUPPE FÜR MENSCHEN MIT DEMENZ" EINTRETEN, DETAILBERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG**

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Mit Botschaft Nr. 39 des Stadtrats wurde uns am 23. Oktober 2018 die Erhöhung des Betreuungszuschlags für die Wohnform EG Süd "Geschützte Wohngruppe für Menschen mit Demenz" vorgeschlagen. Wir beraten erst das Eintreten, anschliessend die Detailberatung. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Dies scheint der Fall zu sein.

**Gemeinderat Christoph Keller (SVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Da in unserer GPK das Eintreten völlig unbestritten war, würde ich eigentlich gern gleich zu den Details kommen, aber dazu bräuchte ich die Einwilligung der Präsidentin.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Gibt es zum Eintreten weitere Voten aus den Fraktionen oder aus dem Rat? – Dann entnehme ich Ihrem Stillschweigen, dass Eintreten unbestritten ist. Wir kommen in diesem Fall gleich zur Detailberatung.

**Gemeinderat Christoph Keller (SVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Schon wieder eine Erhöhung? Das haben Sie möglicherweise auch gedacht. In Tat und Wahrheit handelt es sich aber hier um eine Umsetzung von kantonalen Vorgaben und Richtlinien. Die Wohnkosten sind in Pflegeheimen mit einem Demenzkonzept 3 % höher als normal. Da nicht alle Demenzpatienten eine spezialisierte Demenzwohngruppe brauchen, werden zahlreiche Demenzpatienten in anderen Wohngruppen betreut und integriert. Konkret sind die Mehrkosten darin begründet, dass die Nachtwache des gesamten AZP von vier auf fünf Personen aufgestockt wurde. Davon ist eine Person fix im Haus Ergaten stationiert. Weiter wurde eine stellvertretende Wohngruppenleitung installiert, was helfen soll, die immer höheren Standards und Anforderungen zu garantieren. Neben dem hohen Betreuungsbedarf schlagen auch immer wieder kleinere Anpassungen bei der Infrastruktur und Weiterbildungskosten zu Buche.

Seit 15 Jahren wird im AZP ein unveränderter Zuschlag von 10 Franken pro Tag für Menschen mit Demenz verrechnet, was bei 15 Personen rund 55'000 Franken ergibt. Mit einer Verdoppelung auf 20 Franken pro Person und Tag ergeben sich somit neu 110'000 Franken aus dem Betreuungszuschlag für das Haus Ergaten, dessen Angebot bereits seit 25 Jahren besteht. Die in der Botschaft aufgeführten Vergleiche mit anderen ähnlichen Institutionen auf dem Platz und in der Region zeigen, dass der vorliegende Zuschlag dazu führt, dass das AZP zu den entsprechenden Institutionen nur aufschliesst, sie aber keinesfalls überholt. Der vorgeschlagene Zuschlag kann somit getrost als moderat und angemessen bezeichnet werden. Wichtig ist, dass sich auch Menschen oder Bewohner mit Ergänzungsleistungen mit diesem Zuschlag einen Platz in der geschützten Wohngruppe mit Demenz leisten können. Die Vorlage war in der GPK mit keinem Satz bestritten, was auch die Zu-null-Abstimmung beweist. Die GPK empfiehlt Ihnen somit einstimmig, die vorliegende Botschaft anzunehmen und die vorbildlichen Bestrebungen im AZP und im Haus Ergaten im Speziellen zu unterstützen.

**Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Fraktionen CH/Grüne/GLP und SP/GWB/Juso:** Die beiden Fraktionen werden dem Antrag der Botschaft zustimmen, da der Sache im Grunde genommen nichts entgegenzusetzen ist. Die Anforderungen an die geschützte Wohngruppe für Menschen mit Demenz im Alterszentrum Park sind gestiegen und die Gründe für die Erhöhung des Betreuungszuschlags sind einleuchtend. Nicht halb so einleuchtend ist allerdings der Zeitpunkt dieser Botschaft. Wir finden es nicht ok, wie diese abgewickelt wird. Zuerst zuwarten und dann die Botschaft noch in die Budgetsitzung reindrücken, da hat nicht nur die Ratspräsidentin keine Freude, sondern auch die beiden Fraktionen der linken Seite nicht. Wir möchten hier aber gar nicht noch lange in diese Kerbe schlagen, sondern lediglich unsere Meinung kundtun. So nicht. Des Weiteren sei hier auch der Rat an künftige Ratspräsidentinnen und Ratspräsidenten erlaubt, sich nicht unter Druck setzen zu lassen und wenn nötig eine Botschaft halt auf die nächste Ratssitzung zu verschieben.

**Gemeinderätin Ursula Duewell (FDP), Referentin im Namen der Fraktion FDP:** Immer mehr Menschen leiden an einer Demenzerkrankung, aber viele können zuhause oder in konventionellen gemischten Abteilungen leben und brauchen keinen Platz in einer geschützten Wohngruppe. Erst wenn sie für sich oder andere eine Gefahr darstellen, wird die spezielle Betreuungsform, von der wir heute sprechen, notwendig. Die Bewohner der geschützten Wohngruppe EG Süd für Menschen mit Demenz bezahlen schon seit 15 Jahren den gleichen Betreuungszuschlag von 10 Franken. Das kantonale Amt für Gesundheit verlangt nun für geschützte Wohngruppen einen zusätzlichen Personalbedarf mit einem höheren Anteil an Fachpersonal sowohl am Tag als auch in der Nacht. Auch die Infrastruktur und die Verpflegung müssen den Bedürfnissen für Personen mit Demenz angepasst werden. Mit der geforderten Preisanpassung kostet ein Platz in einem Zweibettzimmer neu 153 Franken. Die maximal anrechenbare Tagestaxe bei Bezüglern von Ergänzungsleistungen liegt bei 165 Franken pro Tag. Die Erhöhung des Betreuungszuschlags ist unseres Erachtens gerechtfertigt und auch vertretbar. Die Fraktion FDP stimmt dem

Antrag auf Erhöhung des Betreuungszuschlags für die spezielle Wohnform EG Süd von 10 Franken auf 20 Franken einstimmig zu.

**Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Der Botschaft ist klar zu entnehmen, dass von kantonaler Ebene spezielle Anforderungen für eine geschützte Wohngruppe für Menschen mit Demenz verlangt werden, unter anderem ein höherer Anteil an Fachpersonal und die dauerhafte Präsenz einer Fachperson während der Nacht. Die Anforderungen sind mit dem heute gültigen Zuschlag nicht mehr finanzierbar. Die Erhöhung des Betreuungszuschlags für die geschützte Wohngruppe für Menschen mit Demenz war in unserer Fraktion unbestritten und wir sind einstimmig dafür.

### **Abstimmung**

Der Antrag auf Erhöhung des Betreuungszuschlags für die spezielle Wohnform EG Süd "Geschützte Wohngruppe für Menschen mit Demenz" per 1. Januar 2019 von 10 Franken auf 20 Franken wird einstimmig angenommen.

## **215**

### **BUDGET DER STADT FRAUENFELD, DER WERKBETRIEBE UND DES ALTERSZENTRUMS PARK FÜR DAS JAHR 2019 (INKL. KENNTNISNAHME FINANZPLAN 2020 BIS 2022 DER STADT FRAUENFELD, DER WERKBETRIEBE UND DES ALTERSZENTRUMS PARK GEM. ANTRAG 6 DER BOTSCHAFT) EINTRETEN, DETAILBERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG**

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Mit Botschaft Nr. 38 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 2. Oktober 2018 haben wir das Budget 2019 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park erhalten. Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Wir beginnen wie üblich mit dem Eintreten, danach folgt die Detailberatung und anschliessend stimmen wir über die Anträge einzeln ab. Es wäre schön, wenn wir eine straffe Führung der Diskussion durchziehen könnten. Deshalb bitte ich die Fraktionen darum, entweder beim Eintreten oder zu Beginn der Detailberatung grundsätzliche oder allgemeine Voten jeweils nur einmal wiederzugeben. Im zweiten Schritt werden wir die Departemente 1 bis 5 inkl. Investitionen im Register 6 departementsweise durchgehen. Eventuelle Anträge können dann direkt zu den einzelnen Konten gestellt werden. Anträge sind mir bitte schriftlich einzureichen mit Kontonummer bzw. Investitionsnummer und Betrag. Im dritten Schritt werden wir die Register 4 Finanzplan 2020 bis 2022 und Register 5 mit den Finanzkennzahlen debattieren. Im vierten Schritt werden wir die Budgets der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park inkl. deren Finanzpläne besprechen. Bei den Voten mit Anträgen geben Sie mir bitte die Seite und das Konto an und geben mir die Anträge schriftlich ab. Im fünften Schritt werden wir schliesslich über die einzelnen Anträge in der Botschaft abstimmen. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? – Dies scheint der Fall zu sein.

**Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration:** Ich spreche für die GPK Finanzen und Administration zum Eintreten auf das Budget 2019 einschliesslich Finanzplan für die nachfolgenden drei Jahre. Die Kommission dankt auch dieses Jahr für die umfangreichen Unterlagen und die damit verbundene grosse Arbeit. Der Dank geht vor allem an den Finanzchef Reto Angehrn. Die Eintretensdebatte der GPK Finanzen und Administration stand ganz im Zeichen der vom Stadtrat vorgeschlagenen Steuererhöhung um 2 Prozentpunkte auf 62 %. Das wird auch der Hauptpunkt meines Referats sein. Weil darin selbstredend viele Ergebnisse und Zahlen verpackt sind, sowie um einen kleinen Beitrag an eine einigermaßen bekömmliche Sitzungsdauer zu leisten, verzichte ich diesmal auf den üblichen mit

Zahlen gespickten Tour d'Horizon zu den drei Einheiten Stadtverwaltung, Werkbetriebe und AZP, zumal bei AZP und Werkbetrieben nichts Besonderes zu vermerken ist. Ich erlaube mir deshalb, Sie diesbezüglich ausnahmsweise auf die Botschaften zu verweisen, insbesondere auf die übersichtliche Tabelle "Auf einen Blick" auf Seite 6. Nach dem Thema Steuerfuss werde ich lediglich noch Bemerkungen zur Vorfinanzierung machen.

Zum Steuerfuss: Die GPK beantragt Ihnen nach ausführlicher Diskussion, auf die beantragte Erhöhung zu verzichten. In der Botschaft steht nur wenig zum Steuerfuss. Die beantragte Erhöhung wird nur in wenigen Sätzen kurz und eher allgemein begründet. Auf unser Ersuchen hat der Stadtrat zuhanden der Kommission die Gründe ausführlicher formuliert. Der Stadtrat argumentierte im Wesentlichen mit den budgetierten und geplanten Defiziten in der Erfolgsrechnung und in der Gesamtrechnung bzw. Finanzierung. Dabei bezeichnete er Letzteres als Hauptproblem, den steigenden Mittelabfluss, Cash Drain Neudeutsch genannt. In HRM2 sind das die Finanzierungsfehlbeträge, die im Selbstfinanzierungsgrad gespiegelt werden. Die Kommission findet es zwar grossmehrheitlich richtig, dass die Diskussion über den Steuerfuss geführt wird. Ich erinnere an die mehrfach gemachte Aussage, die letzte Erhöhung war eine zu viel. Zutreffend ist auch, dass die Stadt ein Problem mit der Gesamtrechnung bzw. der Finanzierung hat. Die Stadt hat nach wie vor nicht genügend Erträge, um die geplanten Investitionen voll zu finanzieren. Nicht nur im Budgetjahr, sondern auch in den nächsten drei Finanzplanjahren. Die vorgebrachten Argumente sind indessen nach Auffassung der GPK nicht zwingend bzw. zu undifferenziert, um jetzt höher zu gehen. Für die Kommission waren folgende Fakten und Überlegungen wegweisend und entscheidend:

Haben wir die aktuellen Zahlen mit den vom Stadtrat auf Ersuchen unseres Rats festgesetzten Schwellenwerten für eine Steuerfusserhöhung verglichen. Schwellenwert 1 Defizit > 2 Millionen Franken, dann sollte der Steuerfuss erhöht werden. Schwellenwert 2 Nettoschuld über 25 Millionen Franken bzw. 1'000 Franken pro Einwohner. Beide werden ohne Steuerfusserhöhung nicht überschritten, wie die uns vom Stadtrat vorgelegten Zahlen zeigen. Sie werden nicht überschritten, schauen wir die Ergebnisse der Erfolgsrechnung ohne Erhöhung der Steuern an. Im Budget 2019 beträgt das Defizit gemäss Finanzchef 944'000 Franken, das aber sofort zu einem Gewinn von 358'000 Franken wird, weil dann keine Vorfinanzierung zulässig ist. Mit den Änderungen der GPKs haben wir einen Gewinn von 0.5 Millionen Franken. Ich verweise dazu auf die lachs-farbenen Papiere und die Tabelle des Finanzamts vom 23. November. Zum Finanzplan verweise ich Sie auf das Register 4 Seite 2 unten. Diese Zahlen muss man noch um die 1.18 Millionen Franken korrigieren, die wegen der gestrichenen Steuerfusserhöhung fehlen. 2020 haben wir dann ein Defizit von 1.65 Millionen Franken. Das ist zwar unschön, aber das ist klar unter dem Schwellenwert der 2 Millionen Franken. 2021 haben wir eine rote Null, minus 0,26 Millionen Franken, also fast ausgeglichen. Und 2022 haben wir eine schwarze Null, plus 0.03 Millionen Franken, also ausgeglichen. Also Sie sehen, in der Erfolgsrechnung haben wir einmal ein ver-kraftbares Defizit, dieses Jahr haben wir einen Gewinn von 0.5 Millionen Franken, in den letzten beiden Finanzplanjahren haben wir zwei Nullen.

1. Beim zweiten verweise ich auf das Papier des Finanzamts vom 2. November. Da haben wir im Budget Ende 2019 ein Plus von 31.2 Millionen Franken und im Finanzplan 2020 ein Plus von 21 Millionen Franken, 2021 12.4 Millionen Franken und 2022 wird es gemäss Finanzplan in eine Nettoschuld von 6.7 Millionen Franken kehren. Sie sehen, das ist auch alles weit unter dem Schwellenwert von 25 Millionen Franken Schulden. Sie sehen, dass die vom Stadtrat als Hauptproblem genannte ungenügende Selbstfinanzierung und der damit unstrittig verbundene Abbau des Nettovermögens frühestens im Jahr 2022 zu einer Nettoschuld führt, und zwar zu einer solchen von 6.7 Millionen Franken, also noch gut 18 Millionen Franken unter dem einschlägigen Schwellenwert. Nach Auffassung der GPK ist sogar eine massvolle Verschuldung tragbar, da sind wir uns mit dem Stadtrat einig. Das heisst nun aber nichts anderes, als dass wir dank des sehr hohen Eigenkapitals und dank hohem Nettovermögen noch – ich wiederhole das – noch genug Schnauf ha-

- ben, um Aufwände und Investitionen zu decken unter massvollem Abbau des Eigenkapitals und unter Abbau des Nettovermögens.
2. Eine Steuerfusserhöhung ist nach Auffassung der GPK dann angebracht, wenn man wirklich ein grosses oder mehrere grosse oder viel zu viele kleine konkrete Investitionsvolumen mit dem entsprechenden Volksentscheid hat.
  3. Zusätzlich sollen andere Massnahmen als eine Steuerfusserhöhung geprüft werden. Solche Massnahmen hat der Stadtrat mit dem Projekt Balance in Angriff genommen. Das begrüssen wir. Allerdings erwarten wir einen klaren Massnahmenplan mit Zeitschiene und mit konkreten Zahlen für mögliche Einsparungen und Mehrerträge. Danach – wenn das vorliegt, wie es auch in anderen Gemeinden gemacht wird, wie es in den Kantonen gemacht wird und wie es beim Bund gemacht wird – schauen wir, welche Massnahme mehrheitsfähig ist. Das eine ist ja das, was vorgeschlagen wird, und dann werden wir hier und allenfalls bei Reglementsänderungen oder bei höheren Geschichten beim Volk schauen, was mehrheitsfähig ist, was durchkommt, was wir wollen und was das Volk will. Und danach schauen wir selbstverständlich den Steuerfuss wieder an. Das Thema ist also nach Auffassung der Kommission, jedenfalls nach Auffassung der Mehrheit der Kommission nicht vom Tisch. Aber im Moment sind wir dagegen.
  4. Die Rechnungsergebnisse sind praktisch immer besser als budgetiert und häufig viel besser als im Finanzplan. Ich zeige dies am Beispiel des Nettovermögens als Ergebnis der Gesamtrechnung Finanzierung, mit dem der Stadtrat ja vor allem die Erhöhung begründet. Also ist das ein Superparameter, um den Unterschied zwischen Ist und Soll aufzuzeigen. Vergleichen wir dieses Ist/Soll, also das tatsächliche Nettovermögen als Resultat dieser zum Teil fehlenden Erträge mit dem geplanten Nettovermögen. Schauen wir die beiden letzten Rechnungen an, das sind ja die beiden letzten konkreten, tatsächlichen Zahlen. Die Rechnung 2016 schloss mit einem Nettovermögen von plus 28.6 Millionen Franken. Im Finanzplan 2014 bis 2016 hatte der Stadtrat für 2016 demgegenüber eine Nettoschuld von minus 3.4 Millionen Franken geplant. Das ist eine Differenz von sage und schreibe über 30 Millionen Franken. Und die neueste Zahl, gemäss Rechnung 2017 haben wir ein Nettovermögen von 34.5 Millionen Franken. Im Finanzplan 2015 bis 2017 prognostizierte der Stadtrat eine Schuld von minus 15.9 Millionen Franken. Das ist nach Adam Riese eine Differenz von unglaublichen 50.4 Millionen Franken. 50 Millionen Franken.
  5. In der Kommission wurde auch auf die gute Entwicklung der Steuerkraft und der Steuereinnahmen sowie auf die gut laufende Wirtschaft hingewiesen.
  6. Schliesslich muss auch noch etwas Lokalpatriotismus sein. Frauenfeld soll unter den Thurgauer Städten auch beim Steuerfuss an der Spitze sein und bleiben. Zweiter oder dritter nur dann, wenn es wirklich nicht anders geht, und so weit sind wir zum Glück im jetzigen Zeitpunkt noch nicht. Mit 60 % sind wir noch vorne, mit 62 % wären wir es nicht mehr.

Die Minderheitsmeinung in der Kommission für die Erhöhung des Steuerfusses wurde damit begründet, dass die Leistungen der Stadt nicht weiter abgebaut werden dürften.

Zusammengefasst beantragt Ihnen die GPK Finanzen und Administration mit 5 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung, auf eine Erhöhung des Steuerfusses zu verzichten.

Dann noch zur Vorfinanzierung: Konsequenz des Verzichts auf die Steuerfusserhöhung ist die Streichung der budgetierten Vorfinanzierung für das Hallenbad, weil Vorfinanzierungen nur aus Überschüssen gebildet werden dürfen. Die Kommission hat die volle Streichung dieser 1.3 Millionen Franken mit 6 zu 1 beantragt. Vielleicht noch zur Klarstellung: Die Vorfinanzierung kann nicht mittels einer blossen Budgetposition gebildet werden. Vielmehr ist ein separater, referendumsfähiger Beschluss des Gemeinderats nötig, der zum Beispiel im Rahmen der Rechnungsabnahme gefasst werden kann. Das ist auch sicher der richtige Zeitpunkt nach Kenntnis der tatsächlichen Zahlen, nicht vorher. Vorher kann man das mehr oder weniger unverbindlich ins Budget einstellen, aber entscheidend ist, dass wir das haben, dann schauen wir bei der Gewinn-



verwendung, was wir damit machen. Wollen wir eine Vorfinanzierung oder nicht? Die GPK ist gegenüber Vorfinanzierungen mehrheitlich grundsätzlich skeptisch eingestellt. Diese Vorfinanzierungen sind zwar unter bestimmten Voraussetzungen zulässig, widersprechen aber dem für die Rechnungslegung wichtigen Prinzip des True and Fair View. Grosse Investitionen sollen mit einem klaren Preisschild versehen dem Volk vorgelegt werden. Das Preisschild soll auch die allenfalls nötige Steuerfusserhöhung beinhalten. Erst nach dem Volks-Ja wird finanziert, nicht vorher. Für allfällige erhebliche Überschüsse aus der Erfolgsrechnung gibt es eine bessere und nachhaltigere Lösung, wenn man nicht den ganzen Gewinn einfach so ins allgemeine Eigenkapital überweisen will, nämlich die Bildung einer sogenannten finanzpolitischen Reserve. Dieses Instrument wird unter HRM2 notabene in anderen Kantonen bereits angewendet. Das bedeutet etwa Folgendes: In sehr guten Jahren wird ein Teil des Gewinns nicht dem allgemeinen Eigenkapital zugewiesen, sondern eben dieser finanzpolitischen Reserve. In schlechten Jahren kann diese Reserve zwecks Vermeidung eines Defizits verwendet werden. Dann hat man eben einen Teil des Eigenkapitals dafür reserviert. Aus dem allgemeinen Eigenkapital können wir nicht einfach etwas herausnehmen, um das Defizit zu decken. Wenn wir es so machen, bekommen wir eine Stabilisierung des Finanzhaushalts und des Steuerfusses sowie ein Mittel für die bessere Erfüllung der Vorgaben nach dem Haushaltsgleichgewicht.

Damit komme ich zum Schluss. Die GPK Finanzen und Administration hat von den Finanzplänen der Stadtverwaltung, der Werke und des AZP Kenntnis genommen. Sie hat dem Antrag 1 betreffend die Besoldung einstimmig zugestimmt, den Antrag 2 betreffend Steuererhöhung mit 5 zu 1 bei 1 Enthaltung gestrichen und dem Antrag 3 betreffend das Budget der Stadtverwaltung beschränkt auf das Departement für Finanzen, Stadtentwicklung und Zentrales mit 6 zu 1 zugestimmt.

**Gemeinderat Michael Hodel (EVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP:** Dieses Jahr hatten wir die Gelegenheit, über zwei Budgets zu diskutieren. Der Stadtrat legte eines vor, welches mit höheren Steuereinnahmen kalkuliert, die GPK Finanzen und Administration warf dieses über den Haufen und präsentierte ein ausgeglichenes Budget ohne Steuererhöhung, allerdings ohne Vorfinanzierung des Hallenbads. Die GPK Finanzen und Administration sowie die GPK Bau und Werke schlagen uns ausserdem einige Einsparungen vor. Verglichen mit einem Mastschwein konnte sich dasjenige von Frauenfeld über die Jahre einiges an Speck um die Hüfte anfressen und präsentiert sich heute noch wohlgenährt und gesund. Die Frage, die sich unserer Fraktion stellt, ist, wie schnell die in den fetten Jahren angefressenen Reserven abgebaut werden sollen und wie lange es dauert, bis das Tier abgemagert ist und der Hunger zu nagen beginnt. Gemäss den Prognosen müssen wir uns auf magerere Zeiten einstellen, was unseren Finanzhaushalt betrifft. Niemand hat genaue Antworten, weil letztlich niemand die Zukunft kennt. Glücklicherweise ist es über die Jahre immer wieder besser gekommen als prognostiziert. Zugunsten kommender Generationen ist es wichtig, dass wir seriös mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgehen und nicht grosse Schuldenberge an sie weiterreichen. Angesichts notwendiger aktueller und zukünftiger Investitionen muss uns dies vor Augen sein. Die Bemühungen des Stadtrats und der Finanzverantwortlichen sind im vorliegenden Budget ersichtlich. Wir bedanken uns für die gut aufbereiteten und übersichtlichen Unterlagen und den Einsatz für unsere Stadt.

Den Argumenten für eine Beibehaltung des Steuerfusses der Allianz aus links und rechts schliesst sich – ich nehme es vorweg – auch eine Zweidrittelmehrheit unserer Fraktion an. Wir haben die Frage Steuerfuss ausführlich debattiert. Die Mehrheit unserer Fraktion ist der Meinung, dass das Budget bei gleichbleibendem Steuerfuss in verkraftbarem Rahmen bleibt und die stadträtliche Schmerzgrenze von 2 Millionen Franken Defizit nicht erreicht wird. Im Bereich der Verschuldung lässt zwar das Nettovermögen federn, wir haben aber die vom Stadtrat definierte Höchstgrenze von 1'000 Franken Verschuldung pro Einwohner noch bei Weitem nicht erreicht. Wir verzeichnen noch immer ein Nettovermögen. Einige Vertretende unserer Fraktion sind aus-

serdem der Meinung, dass die Sparbemühungen noch an einigen Orten ausgedehnt werden können. Es gibt ihrer Meinung nach noch Bereiche, die durch die Stadt abgedeckt werden, die aber nicht zwingend zum Auftrag der Stadt gehören und mittelfristig abgebaut werden sollen. Eine Erhöhung des Steuerfusses fruchtet nach der Meinung in Begehrlichkeiten der Departemente, und das dürfe nicht geschehen. Demgegenüber ist eine Minderheit unserer Fraktion der Meinung, dass eine moderate Erhöhung des Zinsfusses zum jetzigen Zeitpunkt richtig wäre, weil die Aussichten für die kommenden Jahre nicht glorreich sind und mit weiterhin hohen Investitionen gerechnet werden muss. Diese liessen sich nur mit einer vorausschauenden Finanzplanung realisieren. Durch eine jetzige moderate Anpassung des Steuerfusses könnte eine politisch schwer durchsetzbare markante Erhöhung der Steuern in einigen Jahren abgefedert werden. Eine Minderheit unserer Fraktion behält sich vor, einen etwaigen Antrag um Steuererhöhung zu unterstützen.

Zu den Ergebnissen: Das Gesamtergebnis beträgt 503'025 Franken ohne Vorfinanzierung Hallenbad. Das ist sicherlich kein Glanzergebnis, aber es ist für die Mehrheit unserer Fraktion akzeptabel. Mit den Nettoinvestitionen von 10.38 Millionen Franken sind wir einverstanden, obwohl dieser Betrag ja zum zweiten Mal nur 80 % der effektiv geplanten Investitionen abbildet und damit kaum mehr Reserven beinhaltet. Das vom Stadtrat selbst definierte Ziel von maximal 12 Millionen Franken Nettoinvestitionen kann dank der Kürzung um 20% eingehalten werden. Angesichts des knappen Ergebnisses und der sehr hohen Investitionen ist der Selbstfinanzierungsgrad enorm tief und muss für die zukünftige Entwicklung einige Sorgenfalten auf unserer Stirn bewirken. Wir haben aktuell und gemäss Finanzplan auch in Zukunft Finanzierungsfehlbeträge. Diese beeinflussen indes nicht die Erfolgsrechnung, sondern über die Gesamtrechnung das Vermögen. Hier aber haben wir noch ein Polster, allerdings reduziert sich dieses rasant, mit tieferem Steuerfuss natürlich noch schneller als in den uns vorliegenden Prognosen.

Zu den Sparanträgen der GPKs: Unsere Fraktion unterstützt die Sparvorschläge der GPKs mehrheitlich. Etwaige Anträge und gestrichene Beträge wiederaufzunehmen, werden wir grossmehrheitlich ablehnen. Es ist unserer Meinung nach auch richtig, dass das heisse Eisen Freie Strasse eine Botschaft erhält, da es sich um eine geplante Neugestaltung handelt, nicht um eine reine Sanierungsmassnahme. Unser Geschäftsreglement regelt dies klar. Die Investition beläuft sich gemäss Finanzplan auf mehr als 1 Million Franken und liegt damit weit über den 300'000 Franken der stadträtlichen Finanzkompetenz. Wir haben in unserem Rat in den vergangenen Jahren mehrfach betont, dass die Gesamtkosten von Relevanz sind, nicht der im nächsten Jahr zu erwartende Teilbetrag. Ein grosser Teil unserer Fraktion möchte die entsprechende Budgetposition gestrichen sehen und wird einem etwaigen Antrag folgen oder diesen später stellen. Zusätzliche mögliche Streichungsanträge werden wir differenziert und innerhalb unserer Fraktion zum Teil unterschiedlich handhaben. Die bereits angekündigten Streichungsanträge werden zum Teil unterstützt.

Zum Budget der Werkbetriebe: Unsere Fraktion zeigt sich erfreut von der spürbaren Dynamik durch den neuen Leiter und das wiederum erfreuliche Plus im Budget. Wir bedanken uns für die gute Arbeit und das übersichtlich gestaltete Budget. Wir können nachvollziehen, dass angesichts der turbulenten Personalsituation eine Umstellung auf HRM2 für dieses Jahr noch nicht möglich war. Nächstes Jahr erwarten wir dann ein Budget nach dem neuen Rechnungslegungsmodell und freuen uns, dass die Übersicht und Vergleichbarkeit dann nochmals verbessert wird. Unsere Fraktion stimmt dem Budget der Werkbetriebe zu.

Das Alterszentrum und die dazugehörigen Betriebe präsentieren uns ein Budget im gewohnten Rahmen. Wir sind auch damit einverstanden und werden den Anträgen zustimmen.

Die Finanzpläne nehmen wir zur Kenntnis. Abschliessend bedanke ich mich beim Stadtrat, den Amtsleitern und vor allem auch bei den Finanzverantwortlichen für den konstruktiven Budget-

prozess und die aus unserer Sicht gute und transparente Kommunikation. Wir sind uns bewusst, dass dahinter viel Arbeit steckt und bedanken uns für das Engagement. Wir fordern Sie aber auch dazu auf, im kommenden Jahr daran zu denken, dass jeder Rappen zählt, wenn es darum geht, Ausgaben zu reduzieren. Unsere Fraktion ist geschlossen für Eintreten.

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:** Auch ich möchte mit einem Lob anfangen und einem Dank für die Erstellung dieser nützlichen und umfassenden Dokumentation. Es betrifft insbesondere auch das AZP und die Werke. Ich wechsle an dieser Stelle vom ich zum wir, das Wir ist die Fraktion der Grünen, Grünliberalen und Chrapfer und Hirner. Wir freuen uns, wie die Budget- und Abrechnungsunterlagen Jahr für Jahr stringenter und klarer abgefasst sind. Das ist nicht selbstverständlich, schliesslich benötigt das Schaffen von Transparenz ja immer Vertrauen. Besten Dank dafür. In diesem Zusammenhang eine Bemerkung zu den gelben Blättern, den sogenannten Dimensionenblättern am Schluss von Register 3: Das ist insbesondere bei grösseren Projekten eine sehr nützliche Lesehilfe. Hier dürfen sich die Ämter ein Vorbild an den Dimensionenblättern des Amts für Stadtentwicklung und Standortförderung nehmen, welches die Zahlen auch mit erläuternden inhaltlichen Angaben ergänzt hat.

Eine Kernfrage des vorliegenden Budgets betrifft den Steuerfuss. Unsere Fraktion hat schon lange und immer wieder festgestellt, dass mit Blick auf die laufenden Investitionen in der Gesamtrechnung bzw. deren Finanzierung – Stichwort Cash Drain oder Selbstfinanzierungsanteil haben wir gehört – ein Problem besteht. Gleichzeitig haben wir das die letzten Jahre, indem wir das Eigenkapital und das Nettovermögen betrachtet haben, auch immer wieder billigend hingenommen. Für uns ist nicht hinlänglich begründet, weshalb genau 2019 eine Steuerfusserhöhung notwendig sein soll. Die Situation hat sich im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren nicht grundsätzlich geändert. Insbesondere, das haben wir auch schon gehört, sind die vom Stadtrat festgesetzten Schwellenwerte für eine Steuerfusserhöhung, die grundsätzlich auch für uns tauglich sind, mit dem bisherigen Steuerfuss eingehalten. Nicht nur im Budget, sondern auch in den Finanzplanjahren. Die Vorfinanzierung des Hallenbad-Projekts, das ja auch von uns unterstützt wird, aber notabene noch nicht beschlossen ist, sollte aus unserer Sicht kein Argument für eine Steuererhöhung sein. Die Finanzierung eines Projekts muss grundsätzlich nach dem Beschluss erfolgen. Im Fazit unterstützt eine grosse Mehrheit unserer Fraktion aus diesen Gründen die Fassung der GPK Finanzen und Administration, die vorerst auf eine Erhöhung des Steuerfusses verzichten will. Das heisst für uns aber nicht, dass wir einen radikalen Sparkurs fahren möchten. Wir wehren uns vielmehr gegen das Sparen aus einem Selbstzweck. Es gibt keinen gottgegebenen Auftrag, um jeden Preis sparen zu müssen. Als Politikerinnen und Politiker haben wir vielmehr den Auftrag, sparsam zu sein. Aber wir haben auch den Auftrag, wo es sinnvoll ist, mit dem nötigen Mut Ausgaben zum Wohl der Gemeinschaft zu tätigen. Das sollten wir im Hinterkopf behalten. In diesem Zusammenhang sind wir gespannt auf das Sparprogramm Balance. Mit den jetzigen Informationen lässt sich dazu aber leider noch nichts sagen. Wir erwarten möglichst bald Angaben, welche Massnahmen wann und mit welchem Effekt vorgesehen sind.

Ein Budget dient der transparenten, auch der Öffentlichkeit offenstehenden Planung eines Gemeinwesens. Für uns als Gemeinderat ist es eine Möglichkeit, Verantwortung für die Entwicklung der Stadt wahrzunehmen. Die Planbarkeit mittels Budget hat aber auch seine Grenzen. Das sehen wir unter anderem im Bereich der Sozialkosten, wo sich die zuständigen Behörden wie KESB und die Fürsorgebehörden zu Recht nicht primär an unserem Budget, sondern an den gesetzlichen Bestimmungen bzw. den tatsächlichen Bedürfnissen ausrichten. Da müssen wir als Stadt mit der nötigen Gelassenheit Schwankungen nach unten oder nach oben in Kauf nehmen. Gelassenheit ist ein Stichwort. Zur Gelassenheit gehört auch die nötige Ernsthaftigkeit, von der Verantwortung habe ich bereits gesprochen. Unter diesen Vorzeichen stellen wir uns gern der weiteren Debatte.

**Gemeinderat Philipp Geuggis (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP:** Wir haben das Budget 2019 eingehend diskutiert und sehen leider weiterhin ein strukturelles Defizit in der laufenden Rechnung. Wie bereits zum Budget des aktuellen Jahres festgehalten, sehen wir zu wenig konkrete Massnahmen des Stadtrats, dem entgegenzuwirken. Dass der Stadtrat das Projekt Balance gestartet hat, haben wir positiv zur Kenntnis genommen, allerdings sind mehrere Fraktionsmitglieder der Ansicht, dass das zu wenig konkret ist und vor allem zu langsam umgesetzt wird. Das zeigt sich nicht zuletzt in der vom Stadtrat beantragten Erhöhung des Steuerfusses, was aus unserer Sicht die letzte Option darstellt. Vorher muss das Wünschbare vom Notwendigen getrennt werden und hinterfragt werden, welche Aufgaben die Stadt übernehmen muss und welche nicht. Auch hier haben wir bereits zum Budget 2018 festgehalten, dass eine Vielzahl von Projekten lanciert wurde, die nicht nur während der Projektphase Kosten verursacht, sondern oft auch nach Projektabschluss laufende Kosten generiert. Nach wie vor sind wir der Ansicht, dass Projekte und Leistungen, wo kein gesetzlicher Auftrag an die Stadt besteht, auf privater Basis realisiert und erbracht werden sollen. So stehen wir Projekten wie dem „Tag der Nachbarn“ oder der geplanten Street-Workout-Anlage sehr kritisch gegenüber.

Dass die GPK Finanzen und Administration beschlossen hat, auf eine Steuererhöhung zu verzichten, erhält unsere geschlossene Zustimmung. Ebenfalls erachten wir es als richtig, dass die geplante Vorfinanzierung für das Hallenbad gestrichen wurde, zumal erst das Bauprojekt durch einen Volksentscheid bewilligt werden muss. Die Reduktion der Beiträge an Kulturprojekte um 100'000 Franken, welche die GPK Bau und Werke beschlossen hat, unterstützen wir ebenfalls. Beim erneut vorgelegten Projekt zur Umgestaltung der Freien Strasse hat sich die Ausgangslage aus Sicht der Fraktion FDP im Vergleich zum Vorjahr verändert. Neben der Befürwortung des Projekts durch die IG FIT hat sich jetzt auch der Gewerbeverein Frauenfeld klar dazu geäußert, dass die Umgestaltung der Freien Strasse befürwortet wird. Dies hat dazu geführt, dass wir unsere Haltung geändert haben und das Projekt nicht mehr kategorisch ablehnen. Allerdings finden wir in diesem Einzelfall die von der GPK geforderte Botschaft zwingend nötig, weil wir wissen wollen, welcher Auftrag konkret an die Planer gegeben wird. So sind für uns elementare Eckpunkte wie Anzahl Parkplätze, Strassenbreite, Zufahrtsregime oder fixe Verbauung vor Projektstart bekanntzugeben. Die Diskussion darüber soll vor dem Projektstart und nicht erst nach dem Abschluss der Planung geführt werden. Nach allen Anpassungen durch die GPKs verbessert sich das Budget um ungefähr 270'000 Franken auf einen erwarteten Ertragsüberschuss von 503'000 Franken. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das nur zutrifft, wenn der Landverkauf an der Schaffhauserstrasse im Jahr 2019 abgewickelt wird. Die aus dem Verkauf resultierenden 2.9 Millionen Franken sind in der Erfolgsrechnung im Budget berücksichtigt.

Einmal mehr sieht das Budget der Werkbetriebe erfreulich aus. Ebenfalls erfreut hat die Fraktion FDP zur Kenntnis genommen, dass gemäss dem zuständigen Stadtrat Ruedi Huber und dem Finanzchef Michael Gemperle jetzt knapper budgetiert wird. Eigentlich gehen wir aber davon aus, dass ein Budget immer möglichst realitätsnah erstellt wird und keine Reserven enthalten sollte.

Zum Budget des Alterszentrums haben wir keine Bemerkungen.

Die Fraktion FDP ist geschlossen für Eintreten und wird den Anträgen des Stadtrats respektive den Anträgen der GPKs geschlossen zustimmen. An dieser Stelle möchten auch wir allen danken, welche an der Erstellung dieses Budgets beteiligt waren und danken vor allem für die sorgfältige Arbeit.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso:** Jedes Jahr erwarten wir von den Ämtern und Betrieben während der Rechnungs- und Budgetdebatten mehr Details und genauere Abklärungen. Zum Teil absolut zu Recht, wie dies zum Beispiel bei den Werkbetrieben nun auch zum grössten Teil umgesetzt wurde. Es ist zwar noch nicht das

versprochene HRM2, aber dennoch ein Quantensprung im Vergleich zu vorher. Wir haben die Zahlen nun detaillierter aufgeschlüsselt und können entsprechend damit arbeiten. Besten Dank für diese Arbeiten in allen Bereichen. Vielleicht muss sich unser Rat, aber besonders auch der Stadtrat überlegen, ob diese Mehrarbeit zum gleichen Preis erhaltlich ist oder ob nicht relevantere oder zumindest relevante Projekte und Aufgaben darunter leiden. Bei weiteren Wünschen wird wohl bald die maximal mögliche Kapazität erreicht sein. Ergo ist eine Stellenprozentenerhöhung dann uns allen zuzuschreiben.

Es wurde gesagt, dass für eine Steuererhöhung die Aussichten immer noch zu wenig düster seien. Klar, wir warnten bereits seit der letzten Steuersenkung davor, dass diese falsch war. Die aktuellen Zahlen geben uns aber recht. Was ich gar nicht verstehen kann, ist, wenn in der GPK die Aussage gemacht wird, dass eine Steuerfusserhöhung vom Volk abgesegnet sein müsse. Nein. Ein einzelnes Votum war so im Protokoll. Ich sage nur, die Senkung haben wir hier drin gemacht und die Erhöhung können wir genauso machen. Wir sind schliesslich Vertreter des Volks. Sie sehen, ich wende mich einer möglichen Erhöhung des Steuerfusses zu, auch wenn diese in der GPK bachabgeschickt wurde. Wir werden den Antrag stellen, die Erhöhung wieder ins Budget aufzunehmen. Weshalb? Klar, eine Vorfinanzierung, wie sie angedacht ist bzw. war, ist nicht optimal. Wir werden die Investitionen voraussichtlich aber haben. Deshalb ist eine Abfederung des Effekts erlaubt. Unseres Erachtens vor allem deshalb, weil wir noch in einer Umstellung der Abschreibungspraxis sind. Die Abschreibungen sind ja derzeit viel zu tief, da wir noch von den zu hohen Abschreibungen unter HRM1 profitieren. Die Abschreibungen steigen aber kontinuierlich und werden bald auf der Höhe der Investitionen von über 10 Millionen Franken pro Jahr sein. Zurzeit ist es gerade mal die Hälfte davon.

Ein weiterer wichtiger Grund ist für uns, dass wir die Stadt nicht in eine Nettoschuld abrutschen lassen wollen. Dies ist nicht gerecht für die kommende Generation, welche dann den Schuldenberg zuerst wieder abbauen muss, bevor neue Projekte angegangen werden können. Dies ist auch für eine Neuaufnahme von Kapital negativ, weil höhere Zinsen bezahlt werden müssen. Wir finden es falsch, auf eine Steuerfusserhöhung zu verzichten und gleichzeitig Schulden zu machen, nur um nicht der Bölimann zu sein. Der Stadtrat und die gesamte Belegschaft der Stadt haben für das vorgelegte Budget bereits Abstriche gemacht. Fragen Sie doch mal beim Stadtrat oder den Mitarbeitenden Ihres Vertrauens nach, welche Projekte sie gern noch drin gehabt hätten, und Sie werden sehen, es sind viele. Es wurde also bereits abgestrichen und es sind nicht irgendwelche Projekte drin, was noch alle wünschen oder gewünscht hätten.

Nun aber nochmals zu einigen allgemeinen Punkten: Uns sind beim AZP die Lehrstellen, die nicht mehr besetzt werden können, ein Dorn im Auge. Nicht nur wegen der steigenden kurzfristigen Kosten, die dies nach sich ziehen wird, sondern vor allem auch wegen der langfristigen Konsequenzen. Das AZP wird – wie wohl die meisten anderen Heime auch – langfristige Rekrutierungsschwierigkeiten haben, wenn die Löhne und das Umfeld nicht angepasst werden. Wer wird das bezahlen? Längst nicht alle älteren Menschen haben ein Polster, auf das sie zurückgreifen und so ihren Aufenthalt finanzieren können.

Die Werke wagen einen kleinen Versuch mit einem Batteriespeicher. Nur zu. Dies ist ja kein Voraushen mehr, sondern ein Mitgehen. Weitere solche Projekte sind willkommen. Denn die Versorgungssicherheit ist ein wichtiges Gut, nicht nur wie in meiner Anfrage thematisiert beim Wasser, sondern auch bei der Elektrizität und weiteren bestehenden und allenfalls möglichen Geschäftsfeldern der Werke.

Die Finanzpläne der Stadt zeigen abwärts. Wir nehmen dies mit wenig Freude zur Kenntnis, sagen aber nochmals danke für die geleistete Arbeit bei der Budgetierung und den Aufstellungen bei den Finanzplänen.

**Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Danke vorab allen für die akribisch tätige Budgetarbeit, die Vorberatung, die Arbeit in den GPKs und vor allem ein Dank an die GPK Finanzen und Administration, die mit den lachsfarbenen Papieren nicht nur farbliche Akzente gesetzt haben. Zwei Voten vorab:

1. Wir begrüßen den unveränderten Steuerfuss und die Anpassung einzelner Konten nach unten.
2. Unter Sparen und vernünftigem Umgang mit Steuergeldern verstehen wir als SVP/EDU-Fraktion nicht das Gleiche wie der Stadtrat. Seit Jahren wird von verschiedensten Gemeinderatsmitgliedern gepredigt, den Einsatz des Steuerfrankens zu prüfen und das Wünschenswerte vom Notwendigen zu trennen. Die Besetzung von Stellen zum Beispiel in der Stadtentwicklung bewirkt aber das Gegenteil. Und so trotz der Stadtrat Jahr für Jahr den Predigten und zeigt wenig bis keinen Effort, die Kosten besser in den Griff zu bekommen. Im Gegenteil. Es werden neue, meist wiederkehrende Projekte angestossen, welche dann schwer wieder aus dem Budget zu streichen sind. Schade. Sehr schade.

Auf Erträge, Abschreibungen, Rechnungslegung etc. wollen wir nicht näher eingehen, diese konnten wir alle im Ordner studieren. Hier unsere Punkte, welche wir für erklärungsbedürftig oder streichungsfähig halten:

Im Bereich der Kulturförderung vermissen wir – oder es ist uns zumindest nicht näher bekannt – eine periodische Überprüfung der Leistungsvereinbarung und dazugehörigen Reportings. Danke an den Stadtrat für die Aufnahme und Umsetzung dieses Inputs.

Die Erstellung eines übergeordneten Sicherheitskonzepts begrüßen wir vollumfänglich. Als Frage geben wir hier auf den Weg: Wer ist bei der Ausarbeitung dabei? Ist ein Workshop angedacht? Und als Input zu verstehen ist, wir empfehlen, allenfalls auch eine Konzeptvorlage aus einer der Städte vom Städteverbund zu nutzen, vielleicht zu übernehmen und anzupassen, sodass die Frauenfelder Bedürfnisse gedeckt sind mit dem Ziel, dass wir nicht die ganzen 50'000 Franken für diesen Posten brauchen und dass wir von dieser Partnerschaft auch einmal ein bisschen profitieren können.

Zu den Investitionen: Allgemein gilt festzuhalten, dass auch hier zwischen dem Wünschenswerten und dem Notwendigen zu unterscheiden wäre. Das haben wir heute schon einmal gehört. Wir vermissen den stadträtlichen Sparwillen in vielen Bereichen. Warum werden nicht interne Projekte wie zum Beispiel Schnittstellenoptimierung, Optimieren von Abläufen, Möglichkeiten zur Aufgabenkombination, Hinterfragung von Prozessen oder Kosten-Nutzen-Analyse initiiert? Als ob es kein neues Jahr geben wird und das, obwohl wir ein negatives Budget in Aussicht gestellt bekommen haben. Ich spreche hier auch noch ganz kurz den Zeitungsbericht über die Entwicklung des S-Bahnhofs Ost an. Das ist genau so etwas, wo man viel Geld investiert hat und schlussendlich wieder auf Punkt 1 zurückgeworfen wurde. Wahrscheinlich haben wir da nicht sehr grossen Einfluss, aber ich sehe es in diesem Bereich halt genauso.

Folgende Projekte sind uns natürlich geradezu ins Auge gestochen: Bei der Diskussion der wunderschönen Weihnachtsbeleuchtung bitten wir den Stadtrat, die Protokolle aus der Vergangenheit zu konsultieren und endlich die versprochene Botschaft zu erstellen. Den Satz, dass es sich nicht um eine Weiterentwicklung handelt, nehmen wir sehr ernst und fragen uns, für was und wieso ab 2020 110'000 Franken pro Jahr oder mehr budgetiert werden.

OGIF: Offene Gärten in Frauenfeld steht für uns auch total im Widerspruch zum Sparwillen und ist nach unserer Auffassung Teil des stadträtlichen Wahlkampfes. Unseres Erachtens ist das nicht Aufgabe der öffentlichen Hand. Die Stadt stellt für die Hobbygärtner berechtigterweise einige Ländereien in Form von Schrebergärten für diese Bedürfnisse zur Verfügung. Als Höhepunkt dieser Botschaft, wenn ihr sie genau angeschaut habt, vielleicht noch als Hinweis für zukünftige

Botschaften hat es noch einen Posten Catering in dieser Botschaft. Ich weiss nicht, ob die Leute hin und wieder an den Sitzungen verpflegt werden oder was damit gemeint ist. Aber vielleicht bekommen wir hierzu noch eine Ausführung.

Tag der Nachbarn: Auch das ist ein Posten, der später sehr schwer wieder aus dem Budget zu streichen ist. Mit der Unterstützung des Stadtfests 2019 sind wir überzeugt, in diesem Bereich bereits einen ansehnlichen Beitrag zu leisten. Die meisten Quartiere werden ebenfalls mit Geldern unterstützt und auch unser Nationalfeiertag, ebenfalls ein Fest von Nachbarn, erhält einen Beitrag von 10'000 Franken, was auch richtig ist und wir in diesem Fall fast als ein bisschen wenig erachten. Mit diesen Argumenten werden wir im Lauf der Debatte einen entsprechenden Streichungsantrag stellen.

Bau und Verkehr: Wir nehmen das lachsfarbene Papier bezüglich Kürzung der Beiträge an Kulturobjekte mit Genugtuung zur Kenntnis. Die Umsetzung der Begegnungszone in der Freien Strasse sehen wir immer noch sehr kritisch und werden im Lauf der Debatte einen entsprechenden Streichungsantrag stellen. Falls unser Antrag scheitern sollte, begrüßen wir einstimmig die Beschlussfassung der GPK, dass eine separate Botschaft ausgearbeitet und vorgelegt wird. Diese Botschaft muss unbedingt konkrete Eckpunkte und eine Systemskizze enthalten, sodass die direkt betroffenen Gewerbetreibende und Läden über das Parlament ein Bestimmungsrecht erhalten.

Freizeitanlagen: Street-Workout-Anlage: Auch hier ist Wünschenswertes von Notwendigem zu trennen. Ich glaube, es hat einige Handwerker hier drin, welche sehr gern Schaufel und Pickel kostenlos zur Verfügung stellen, damit auch diese Bedürfnisse befriedigt werden können. Für diese Street-Workout-Anlage ist kein Konzept und auch kein Standort vorhanden, obwohl ein Budgetbetrag dafür reserviert ist. Wir werden hier einen Antrag auf Streichung, zumindest auf Verschiebung stellen.

Lobend zu erwähnen ist die Unterstützung der Jugendförderung und die Anerkennung und Auszeichnung für Leiter und Trainer. Das sind Zeichen, die gesetzt werden müssen und diese Leute muss man unterstützen.

Departement für Gesellschaft und Soziales: Mit Bedauern nehmen wir die stetige Entwicklung der Zahlen und immer grösser werdende Aufwendungen zur Kenntnis. Wir danken aber an dieser Stelle ganz herzlich für das Engagement und den Einsatz in diesem sehr emotionalen Geschäft. Im Bereich Asylwesen weisen wir nochmals mit aller Deutlichkeit auf die ausbezahlten Beiträge hin und bitten das Amt, diese im Vergleich zu den Nachbargemeinden zu prüfen und aufs nächste Budget anzupassen.

Zum Alterszentrum Park: Wir haben das Budget zur Kenntnis genommen und sehen die Konstanz von Rechnung und Budget. Wir danken an dieser Stelle für die Transparenz und Effizienz der Betriebsführung. Das AZP bewegt sich innerhalb des Kernauftrags, stellt sich der Konkurrenzsituation der Altersheime und ist entsprechend gezwungen, sorgsam und effizient mit den Geldern umzugehen.

Werkbetriebe: Die Ziele, Professionalität und einen grossen Kundennutzen zu erhalten, einen einwandfreien Service zu bieten, günstigen Strom zu liefern, einer zuverlässigen Wasserlieferung, die Fernwärme zu erweitern, begrüßen wir und sehen das grosse Engagement und die zukunftsgerichtete Arbeit. Den Ausbau auf der ehemaligen Maurerlehrhalle mittels Solarstrom begrüßen wir. Die Abschreibung des Anlagevermögens erfolgt linear und wird vollumfänglich getätigt. Das Team arbeitet gut, pflichtbewusst und macht Freude. Danke.

Als Schlussgedanke ist an dieser Stelle noch zu erwähnen und wir von unserer Fraktion nehmen uns hier definitiv nicht aus, aber in den letzten Monaten ist uns aufgefallen, dass Einfache An-

fragen immer wieder zu den gleichen Themen mit ähnlichen Fragestellungen und mit einer riesigen Anzahl von Fragen gestellt worden sind. Die Beantwortung dieser Fragen bindet unheimlich viele Ressourcen. Ich glaube, der Stadtrat hat definitiv anderes und wichtigeres zu tun, als Anfragen mit 20 Fragen zu beantworten. Wir haben uns nicht ausgeschlossen. Ebenfalls habe ich am Anfang ganz deutlich gesagt, wir schliessen uns nicht aus. Aber ich denke, es wäre nicht mehr als nützlich, dass wir die Exponenten unter vier, acht oder zehn Augen anfragen und das in einem persönlichen Gespräch klären können und so auch Antworten erhalten, und wenn wir damit nicht zufrieden sind, das intensiver weiterverfolgen können.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Gemeinderat Christoph Tschanen, können Sie bitte zurück zum Eintreten gehen?

**Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Ja, ich bin gleich fertig. Danke Frau Präsidentin. Das sind unsere Bemerkungen und Inputs zum Budget 2019. Wir sind einstimmig für Eintreten und danken ganz herzlich.

**Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP):** Vor zehn Tagen fand auf dem Marktplatz der alljährliche Chlausmarkt-gottesdienst bei den Schaustellerinnen und Schaustellern statt. Am Schluss des Gottesdienstes schenkte mir der Priester, der den Gottesdienst leitete, dieses Säckchen mit den Worten, er wisse nicht, wie es um die Stadtfinanzen stünde, aber brauchen könne man diese Taler sicher immer.

Ja, das Geld können wir brauchen. Seit Jahren ist der Budgetprozess geprägt davon, dass der Stadtrat schon vor der 1. Lesung beim Wünschbaren seitens der Ämter Abstriche vornimmt und während der 1. und 2. Lesung weitere Abstriche bis hinein ins Notwendige macht mit dem Ziel, eine ausgeglichene Rechnung präsentieren zu können. Seit Jahren muss er am Ende jedoch eher darauf achten, dass deren Defizit nicht grösser als 2 Millionen Franken ist. Die Grenze, die der Stadtrat sich angesichts des hohen Eigenkapitals selber gesetzt hat. Ebenfalls seit Jahren weist er darauf hin, dass der niedrige Selbstfinanzierungsgrad – und der ist wirklich sehr niedrig – und das schwindende Nettovermögen es notwendig machen, auf der Ausgaben- und Einnahmenseite grössere Korrekturen vorzunehmen. Angesichts des 2015 eingeführten HRM2-Rechnungsmodells hat er sich drei Jahre Erfahrung damit als Zeit gegeben. Diese drei Jahre sind mit dem Rechnungsabschluss 2017, den Sie im Juni abgenommen haben, abgelaufen. Es ist also an der Zeit, diese Korrekturen anzugehen, um eine nachhaltige Verbesserung der Finanzlage zu erreichen und dass durch die Struktur der Stadt und seiner Aufwendungen bedingte Defizit zu beseitigen.

Zusammen mit den Kadermitarbeitenden hat der Stadtrat bereits anfangs 2018 das Projekt Balance angestossen. 25 Massnahmen, die innerhalb der nächsten drei Jahre umgesetzt werden können und ein Verbesserungspotenzial von insgesamt 1.89 Millionen Franken aufweisen, wurden eruiert. Wir haben Ihnen dieses Projekt Balance mit seinen Massnahmen an der gemeinsamen Sitzung mit den GPKs im Überblick auf zwölf Folien präsentiert, mit dem Protokoll für Sie zugänglich. Sie kennen also den groben Inhalt und Sie kennen die Grössenordnung, die Detaillierung ist in Erarbeitung. Aus Sicht des Stadtrats genügen diese Massnahmen jedoch nicht, um die Finanzen der Stadt nachhaltig ins Lot zu bringen. Es braucht dazu die 26., nämlich die Steuerfusserhöhung. Zwar könnte die Rechnung 2019 aufgrund des einmaligen, aber bestrittenen Geschäfts Landverkauf an der Schaffhauserstrasse positiv abschliessen, doch ohne dieses Geschäft und ohne die Steuerfusserhöhung resultiert ein Defizit von 2.5 Millionen Franken, was über dem gesetzten Wert von 2 Millionen Franken Eigenkapitalabbau liegt. Und auch in den Folgejahren weisen die Finanzplanzahlen trotz des Projekts Balance ohne eine Steuerfusserhöhung durchgehend Defizite auf.



Das Hauptthema – es ist genannt worden – ist der damit einhergehende sogenannte Cash Drain. Der steigende Mittelabfluss ist dabei hauptsächlich durch Faktoren hervorgerufen, die wir nicht oder nur sehr schwer beeinflussen können. Steigende Kosten in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Alter und öffentlicher Verkehr und dies in mehr als 1-Million-Franken-Höhe sowie zunehmende Annäherung der Abschreibungen an das erforderliche Niveau. Der Gap ist hier ebenfalls mehrere Millionen Franken gross.

Bei dieser Ausgangslage braucht es sowohl auf der Ausgabenseite als auch auf der Einnahmenseite Anstrengungen. Diese sollten sich jedoch nach Ansicht des Stadtrats nicht auf die wenige Luft, die angeblich vorhanden sein soll, konzentrieren, da es eben diese Luft ist, die auch Bewegungs- und Handlungsspielraum bedeutet, wenn man nicht will, dass die Stadtmitarbeitenden zu reinen Verwaltern und Beamten verkommen, sondern mit den Herausforderungen einer sich entwickelnden, dynamischen Stadt Schritt halten sollen. Vielmehr braucht es ein sorgfältiges Erarbeiten, wie es das Projekt Balance vorsieht. Und es braucht eben diese Justierungen beim Steuerfuss. Denn je länger wir das grosse Schiff der Stadt direkt auf die finanzpolitischen Klippen zusteuern, umso grösser werden die Korrekturen ausfallen müssen. Sei dies, indem man dann zumal ganze Leistungsbereiche kappen muss wie zum Beispiel – ich nenne willkürlich Beispiele – die Eishalle, die Quartiertreffpunkte, den Parkunterhalt, die Leistungsvereinbarungen mit Kulturinstitutionen oder mit den Kindertagesstätten, die Innenstadtentwicklung und/oder die Steuern um weit mehr als 2% erhöhen zu müssen.

Diese vom Priester geschenkten Taler sind leider aus Schokolade. Gefährlich in einer Stadt, über der die Sonne scheint. Sie schmelzen schneller weg, als uns lieb sein wird. Darum handeln wir jetzt, wo wir dies noch mit Bedacht tun können. Darum bittet Sie der Stadtrat, dem Budget eben mit einer Steuerfusserhöhung zuzustimmen. Wir verstehen uns dabei sozusagen als einsame Rufer in der Oase, wir warnen vor der Wüste, die kommen wird.

Ich erlaube mir noch einige Worte zur Stadtentwicklung, weil das direkt angesprochen und ich auch direkt angeschaut wurde. Deshalb hier auch einige Ausführungen dazu, weshalb dieser Bereich aus Sicht des Stadtrats eben nicht in den Bereich des Wünschbaren, sondern in den Bereich des Notwendigen gehört. Gemäss Gemeindeordnung Art. 2 hat die Stadt die gemeinsamen Interessen zu wahren, um die Lebensqualität ihrer Einwohnerschaft zu fördern. Sie fördert – das zweite Mal kommt dieses Wort vor – insbesondere die Sicherheit und Gesundheit, das friedliche Zusammenleben, Schutz der Umwelt und Lebensgrundlagen, öffentlichen Verkehr und Langsam Verkehr, gesunde Entwicklung der Wirtschaft, Stadtentwicklung, Regionalentwicklung und Sport und Kultur. Dreimal kommt das Wort Entwicklung vor, zweimal das Wort Förderung. Dem Amt für Stadtentwicklung und Standortförderung kommt also im Rahmen dieser Aufgaben, die in unserer Stadtverfassung stehen – nicht irgendwo, sondern das ist die Rechtsgrundlage, das ist unsere oberste Rechtsgrundlage als Stadt – eine wichtige, eine zentrale Rolle zu, indem es sich vor allem um die Stadtentwicklung und um die Regionalentwicklung kümmert und um die gesunde Entwicklung der Wirtschaft. Sie hören dabei immer wieder das Wort Fördern und das Wort Entwicklung. Diese beiden Wörter implizieren, dass nicht einfach reagiert werden soll, sondern dass aktiv die Herausforderungen der Stadt angegangen werden. In den Jahren 2016 und 2017 fand diese Förderung der Entwicklung aufgrund personeller Veränderungen und damit einhergehender grundsätzlicher Neuausrichtung nur in einem reduzierten Mass gegenüber dem Jahr 2015 und den Jahren davor statt. Nun ist das ASS wieder komplett, das haben Sie richtig festgestellt, und die Mitarbeitenden packen diese Aufgaben der Gemeindeordnung sorgfältig und ressourcenbedacht an. Sie generieren nämlich Projekte, bei denen sie Hilfe zur Selbsthilfe leisten und mit kleinen, wirklich kleinen finanziellen Mitteln sorgfältig abgestimmte Massnahmen zur Förderung des Zusammenlebens und der Lebensqualität aufgleisen. Auch das steht in unserer Verfassung. Dazu gehören die genannten Projekte "Offenes Gärtnern", "nicht offene Gärten" und "Nachbarschaftstag". Und sie suchen Kooperationen, Private Public Partnership mit der Wirtschaft und dem Kanton, um grössere, das Gewerbe und die Innenstadt un-

terstützende Projekte realisieren zu können. Dazu gehören das Projekt "Rezent" und differenzierte Gewerbeentwicklung. Natürlich, man kann sich auf den Standpunkt stellen und das tut offenbar ein Teil des Rats, dies sei nice, aber nicht need to have. Der Stadtrat sieht dies allein schon aufgrund der Gemeindeordnung anders. Vor allem aber deshalb, weil mit der starken Bevölkerungsentwicklung der vergangenen Jahre die Notwendigkeit gestiegen ist, auch den sogenannten weichen Faktoren des Zusammenlebens vermehrt Beachtung zu schenken. Neben dem rein betriebswirtschaftlichen Return on Investment, dem ROI, gibt es auch einen gesellschaftlichen, den S-ROI. Den Social Return of Investment. Das Wirken gegen Vereinsamung und Ausgrenzung schlägt sich in den Ausgaben für Gesundheit und Soziales positiv nieder. Dies aber nur, wenn wir investieren. Darum bitte ich Sie im Namen des Stadtrats darum, die vorgesehenen Projektbeiträge in der durch die GPK reduzierten Höhe zu belassen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Aus den Voten entnehme ich, dass Eintreten unbestritten ist und wir können mit der Detailberatung beginnen. Gibt es noch allgemeine Voten, sofern sie nicht schon beim Eintreten gehalten wurden? – Gut, dann nehmen Sie bitte den Ordner vor sich und folgen Sie bitte meinen Hinweisen, so kommen wir zügig durch die Unterlagen.

Register 1 Botschaft

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso:** Ich werde es so machen und unseren Wiederaufnahmeantrag von Antrag 2 in der Botschaft am Schluss stellen, um nicht über einzelne Konten in den Blättern, sprich Steuern sprechen zu müssen, sondern dass wir am Schluss einmal darüber sprechen können, wenn das für Sie alle in Ordnung ist.

Register 2 Investitionsrechnung Budget 2019

Keine Wortmeldungen.

Register 3 Erfolgsrechnung Budget 2019

### **Departement für Finanzen, Stadtentwicklung, Zentrales**

**Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration:** Gern informiere ich Sie über die Detailberatung in der GPK Finanzen und Administration betreffend das Departement für Finanzen, Stadtentwicklung und Zentrales. Möglicherweise haben Sie das Protokoll gelesen, für die Zuhörer auf der Tribüne und das Protokoll ist es aber wichtig, dass wir hier informieren. Wir haben festgestellt, dass für uns die vielen Kommentare sehr hilfreich waren. Herzlichen Dank an alle Beteiligten. Insbesondere da es immer noch Korrekturen im Zusammenhang mit der Umstellung auf HRM2 gab, die mehrheitlich auf Änderungen im Kontenplan gemäss kantonalen Richtlinien zurückzuführen sind. Vorerst die Punkte, über die wir nicht nur diskutiert, sondern auch abgestimmt haben:

Kontogruppe 1200 Departementsbezogene Aufwendungen und Erträge  
Konto 3102 Kommunikation und Publikation

Die GPK ist der Meinung, dass eine Festschrift zur 100 Jahre Vereinigung der Gemeinden zu erstellen ist und lehnt deshalb den Streichungsantrag mit 1 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen ab.

Konto 3130 Dienstleistungen Dritter

Die GPK ist mit 4 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung für die Streichung des Betrags von 20'000 Franken für eine Modernisierung des Geschäftsberichts, auch wenn es sich dabei um einen einmaligen Betrag gehandelt hätte.

Kontogruppe 1710 Sicherheit

Konto 3132 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten

Die GPK ist der Meinung, dass die Stadt Frauenfeld ein Sicherheitskonzept benötigt und hat deshalb den Streichungsantrag für die entsprechenden 50'000 Franken mit 1 Ja- gegen 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Nun zu den Projekten in der Erfolgsrechnung Register 3 (gelbe Blätter): Für Projekte sollten jeweils nicht die weissen, sondern die gelben Blätter diskutiert werden, damit der Überblick über die Gesamtprojektkosten vorhanden ist.

Dimension 141.1 Entwicklung Innenstadt

Diese haben wir nicht besprochen, da dafür zusammen mit der Dimension 141.20 eine separate Botschaft erfolgen wird.

Dimension 141.4 Weihnachtsbeleuchtung

Die GPK stellt den Streichungsantrag, der 3 Stimmen auf sich vereinigt, einem Halbierungsantrag mit 4 Stimmen gegenüber, weshalb die beiden Konten um je 5'000 Franken gekürzt werden. Dieser Betrag müsste aufgrund des Bekanntheitsgrads genügen.

Dimension 141.7 Kommunikation und Partizipation Stadtentwicklung

Aufgrund der gut ausgebauten Stellen bei der Kommunikation halbiert die GPK den Betrag für den externen Berater mit 4 Stimmen gegenüber 3 Stimmen, die sich für eine vollständige Streichung ausgesprochen hatten. Somit wird das Konto 1411.3132 von 35'000 Franken auf 17'500 Franken reduziert.

Dimension 141.14 Offenes Gärtnern für alle

Ein Streichungsantrag wird mit 3 Ja- gegen 4 Nein-Stimmen abgelehnt, da die angelaufene Startunterstützung für die vorgesehene Periode durchgezogen werden soll.

Dimension 141.17 Tag der Nachbarn

Die Differenz der Beträge von Seite 17 und Seite 18 ist darauf zurückzuführen, dass der Stadtpräsident Anders Stokholm den Betrag bereits von total 56'000 Franken für die ganze Initialisierungsphase auf 40'000 Franken gekürzt hat und dieser Betrag auf der Seite 17 nicht angepasst wurde. Die GPK ist mit 2 Ja- gegen 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung gegen die Streichung dieser Position.

Nun noch einige Punkte, über die wir informiert wurden und diskutiert, aber nicht abgestimmt haben:

Kontogruppe 1001 Gemeinderat

Konto 3102 Drucksachen, Publikationen

Der Leitfaden für neue Gemeinderäte wird als unnötig erachtet und müsste, wenn schon eigentlich von den Fraktionen übernommen werden.

Kontogruppe 1230 Informatikdienste  
Konto 3102 Drucksachen

Bei der Nichtanschaffung einer neuen Verpackungsmaschine geht es nicht primär um den Verzicht auf die neue Maschine, sondern um die Auslagerung der Arbeit, da andere Arbeiten neu zugeteilt werden.

Kontogruppe 1310 Amt für Kultur  
3636.01 Beiträge Kultur

Wir liessen uns davon überzeugen, dass Leistungsvereinbarungen für die Beiträge vorhanden sind, die überprüft werden und es bei Nichteinhaltung von Vorgaben oder bei einem grösseren Vermögen auch Kürzungen geben kann. Hier der Hinweis auf das Konto 3636.01.04.

Kulturfonds 1312

Hier wurden wir informiert, dass die höheren Marketingkosten wegen den um 6'000 Franken und 8'000 Franken höheren Druckkosten für Anlässe, insbesondere Bildhauerwoche und Bücherfest entstehen, und dass von Beiträgen an private Organisationen ohne Erwerbszweck, insbesondere Musik in der Stadt und Out in the Green Garden profitieren.

Kontogruppe 14

Beim Amt Stadtentwicklung und Standortförderung ist nach der Zeit mit Vakanz wieder mit Mehrkosten zu rechnen. Das ist logisch. Es gab eine Umlagerung von Stellenprozenten aufgrund anstehender Projekte. Aufgrund der nun wieder vorhandenen Ressourcen werden auch vermehrte Leistungen erwartet.

Konto 1411

Die Spezialkommission 2030 sollte wieder auf ihre Kernthemen reduziert werden und nicht einen permanenten Gemeinderatsausschuss darstellen. Dies sollte zu weniger Sitzungsgeldern führen.

Konto 1413 Regio Frauenfeld

Der Stadtpräsident wird noch darüber informieren, ob die Rechnung bei der Geschäftsstelle Regio Frauenfeld nicht ausgeglichen sein müsste.

Konto 1510 Arbeitgeberbeiträge an die Pensionskasse

Die Beträge für den Teuerungsfonds wurden einfachheitshalber nicht auf die Ämter aufgeteilt und deshalb ist hier das Konto entsprechend hoch.

Kontogruppe 1510 Finanzamt  
Konto 3132 Externe Berater, Gutachter, Fachexperten

Hier kam die Information, dass die Objekterfassung betreffend unsere eigenen Liegenschaften sehr lange dauerte, nun aber bis Ende Jahr abgeschlossen sein soll. Die GPK erwartet, dass wir bis zur Rechnungsabnahme 2018 einen Zwischenbericht bekommen.

## Konto 1524 Parkplatzbewirtschaftung

Hier geht es bei den Anschaffungen um neue Ticketautomaten.

Zur Botschaft an den Gemeinderat in Register 1 gab es keine Bemerkungen und die Abstimmungsergebnisse betreffend die Anträge auf Seite 43 hat Gemeinderat Peter Hausammann bereits präsentiert.

Ein einzelnes Mitglied hatte im Zusammenhang mit der Steuererhöhung darauf hingewiesen, dass es für ihn keine Steuererhöhung ohne Volksentscheid gebe. Einig war man sich aber, dass Steuererhöhungen zu vollziehen wären, wenn sie im Zusammenhang mit grossen Projekten, die vom Volk bewilligt werden, als nötig ausgewiesen werden, zum Beispiel für das Hallenbad.

## Konto 10 Legislative

Keine Wortmeldungen.

## Konto 11 Exekutive

Keine Wortmeldungen.

## Konto 12 Stadtkanzlei

Keine Wortmeldungen.

## Konto 13 Amt für Kultur

Keine Wortmeldungen.

## Konto 14 Amt für Stadtentwicklung und Standortförderung

Seite 20 Dimension 141.17 Tag der Nachbarn

**Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Ich stelle den Antrag, diese gesamthaft 10'000 Franken zu streichen. Das wären 3'000 Franken in Konto 1411.3101.00 Betriebs-, Verbrauchsmaterial und Handelswaren, dann 3'000 Franken in Konto 1411.3102.00 Drucksachen, Publikationen und 4'000 Franken in Konto 1411.3130.40 Marketing.

Zürich, Bern, St. Gallen, Frauenfeld – das klingt nach etwas Grosseem. Ich bin nicht sicher, ob der Stadtrat nach Grösserem strebt oder ob er tatsächlich meint, dass Frauenfeld ähnliche Probleme und Herausforderungen wie diese Grossstädte hat. Denn Frauenfeld wäre mit diesem Projekt die vierte Stadt, die das realisiert. Es ist aus meiner Sicht ein unnötiges Projekt, und das aus verschiedenen Gründen.

1. Das Wort Eigenverantwortung scheint immer noch ein Fremdwort zu sein. Es ist bereits jetzt so, dass in den Quartieren diese Anregung, die die Stadt geben will zu Grillfesten, Gartenfesten, Kinderfesten und Treppenhausfesten bereits Realität ist. Unsere Bevölkerung macht das bereits, es ist überhaupt nicht nötig, dass die Stadt oder der Staat hier interveniert. Man könnte manchmal meinen, wenn wir solche Projekte nicht realisieren, dann fällt die Stadt mittelfristig in sich zusammen und es funktioniert überhaupt nichts mehr. Das ist nicht der Fall.
2. Wir haben Quartiervereine, sehr aktive und engagierte Quartiervereine in dieser Stadt. Ich frage den Stadtrat, ob er mit diesen Quartiervereinen einmal über dieses Thema gesprochen hat. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die begeistert sind, wenn sich der Stadt-

rat damit beschäftigt, zumal es auch Projekte für die Quartierentwicklung gibt, über die wir heute auch befinden, die in dieselbe Richtung gehen.

3. Der Fraktionspräsident der SVP hat es bereits erwähnt. Wir haben genug Festivitäten in dieser Stadt, die staatlich gesteuert und finanziert und unterstützt werden. Es ist daher aus meiner Sicht ein Overkill und überhaupt nicht nötig, dass wir hier eine neue, zusätzliche Ausgabe einführen. Die Stadt lebt gut weiter, wenn das eigenverantwortlich mit den Quartiervereinen in den Quartieren und Nachbarschaften organisiert wird.

**Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP):** Ich habe mich bereits vorher ausführlich zum Amt für Stadtentwicklung und Standortförderung geäußert, deshalb beziehe ich mich jetzt nur kurz auf dieses Projekt. Das ist eben ein typisches Projekt Hilfe zur Selbsthilfe, eben gerade die Eigenverantwortung fördern, indem darauf hingewiesen wird, dass für solche Feste Materialien seitens der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Wir haben eine Stadt, die sich verändert. Es gibt Quartiere, da funktioniert es so, wie Thomas Gemperle das formuliert hat. Es gibt Quartiere, wo sehr viele neu zugezogen sind, die Anonymität sehr gross ist, die Vereinsamungsgefahr ebenso, und wir sehen da durchaus Handlungspotenzial. Natürlich werden wir es nicht in der Grössenordnung von St. Gallen oder Zürich machen, sondern dieses Budget ist ein Frauenfelder Budget, entsprechend sind die Ausgaben auch Frauenfelder Ausgaben und nicht solche, die sich an anderen messen. Aber es ist ein Projekt, das sich in anderen Städten bereits gut bewährt hat. Also man hat es nicht neu erfunden, wir beanspruchen auch nicht für uns, dass wir es erfunden haben, sondern wir möchten dieses sehr gute Projekt, das sich andernorts bewährt hat, auch in Frauenfeld durchführen.

### **Abstimmung**

Der Antrag von Gemeinderat Thomas Gemperle wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen.

Konto 15 Finanzamt

Keine Wortmeldungen.

Konto 16 Steueramt

Keine Wortmeldungen.

Konto 17 Amt für Sicherheit

Keine Wortmeldungen.

Konto 18 Personalamt

Keine Wortmeldungen.

Konto 19 Feuerwehr

Keine Wortmeldungen.

Institutionelle Gliederung

Keine Wortmeldungen.

Projekte

Keine Wortmeldungen.

Register 6 Departementsbezogene Investitionen Departement 1

Keine Wortmeldungen.

## **Departement 2 Bau und Verkehr**

### **Gemeinderätin Anita Bernhard Ott (CH), Referentin im Namen der GPK Bau und Werke:**

Die GPK hat das Budget des Departements Bau und Verkehr ausführlich besprochen. Die grössten Abweichungen sind auf Seite 18 der Botschaft beschrieben und machen bei einem totalen Aufwand von 12.12 Millionen Franken eine Erhöhung des Aufwands von rund 835'000 Franken gegenüber dem Budget 2018 aus. Das Aufwandplus sei gemäss Stadtrat Urs Müller hauptsächlich auf die höheren Abschreibungen im Tiefbau, die grösseren Beiträge an den Kanton für den ÖV sowie den Ausbau des Stadtbusnetzes zurückzuführen. Auch machte er auf den nochmaligen Sparwillen aufmerksam, dafür hätten aber einige Abstriche gemacht werden müssen. Es wurde keine neue Stelle beantragt, jedoch sei eine 2014 bereits bewilligte Stelle seit April 2018 besetzt und dementsprechend für das gesamte 2019 jetzt budgetiert. Nachfolgende Positionen wurden in der GPK näher besprochen:

2111 Bauberatung und Baubewilligungen  
4210.10 Gebühren für Amtshandlungen

Auch wenn die Bautätigkeit leicht sinkend sei, befinde sie sich immer noch auf hohem Niveau, dementsprechend sei nach wie vor von diesen Zahlen auszugehen. Zudem fehlen gemäss Stadtrat Urs Müller noch Erfahrungen mit der neuen Verordnung.

Konto 2114 Energiefonds  
3511.00 Anteil für Projekte Dritter

Gemäss Reto Angehrn würden immer mehr Projekte eingegeben. Die Stadt zahle die Beiträge, die Überschüsse gehen in den Fonds. Der ausgewiesene Betrag stelle den Saldo der Aktivität des Fonds dar. Hier zeige sich, dass der Fonds bekannt sei und dementsprechend benutzt werde.

Konto 2120 Stadtplanung  
3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten

Die trotz Begründung immer noch um 55'000 Franken erhöhte Abweichung sei gemäss Stadtrat Urs Müller auf die höheren Ausfallkosten bei Altlastenuntersuchungen zurückzuführen. Könne der Verursacher nicht mehr eruiert oder für die Kosten verantwortlich gemacht werden, so verblieben die bereits verursachten Kosten bei der Gemeinde hängen.

Konto 2121 Beiträge Kultur- und Naturobjekte  
3636.97 Beiträge Kulturobjekte an private Organisationen ohne Erwerbszweck

In diesem Konto sind die Beiträge Kulturobjekte an private Organisationen ohne Erwerbszweck zusammengefasst. Der Antrag wurde gestellt, den Betrag um 100'000 Franken zu reduzieren, da in diesem Jahr das Reglement angepasst worden sei und dabei der Gemeindebeitragsatz von 15% auf 10% gekürzt worden ist. Dem Antrag wird mit 5 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

## Investitionsrechnung

Eine Gesamtkürzung der Nettoinvestitionen von 20 % sei eingehalten worden. Geplant sind Investitionen in der Höhe von 10.5 Millionen Franken, vor einem Jahr war ein rund 800'000 Franken tieferer Mitteleinsatz geplant. Doch vor allem die Einnahmeseite ist auffallend kleiner. Dies sei gemäss Stadtrat Urs Müller vor allem auf die tieferen Perimeter- und Aglobeiträge zurückzuführen. Am 14. August erfolgte mit der GPK eine Besichtigung der geplanten Objekte.

## Gelbes Planverzeichnis

### Projekt 2 Freie Strasse

Einleitend kam von einem Mitglied der GPK der Einwand, dass dieses Projekt bereits vor einem Jahr ausführlich in dieser GPK diskutiert worden sei. Er sei der Meinung, es handle sich hier nicht um Strassenunterhalt, sondern um eine Um- oder Neugestaltung, somit um Stadtentwicklung und gehöre dementsprechend nicht in diese GPK. Gemäss Stadtrat Urs Müller könne man hier geteilter Meinung sein. Von dieser Argumentation wären somit auch andere Projekte betroffen, die in dieser GPK behandelt würden. Für diese würde dann aber, wie in Art. 56 Gemeindeordnung beschrieben, eine Botschaft vorliegen, so das Gegenargument. Stadtrat Urs Müller erklärte nochmals eingehend, dass es sich bei diesem Projekt vor allem um die vom Kanton geforderte Umgestaltung handle, damit der Strassenraum einer Tempo-20-Begegnungszone entspreche. Zudem würde bei jeder anderen Strassensanierung mit Umgestaltung in eine Tempo-30-Zone genau gleich vorgegangen. Da bereits heute bekannt sei, dass das Projekt gesamthaft höher als 300'000 Franken zu stehen komme, erfolgte ein hin und her, in wessen Kompetenz die Ausgabe liege, ob Unterhalt oder Gestaltung und dementsprechend Botschaft ja oder nein. Von einem GPK-Mitglied wird der Antrag auf Streichung des Kredits von 130'000 Franken für das Projekt gestellt. Dieser wird mit 3 Ja- gegen 4 Nein-Stimmen abgelehnt. Da man sich nicht einig wurde, ob nun der Kredit ohne Botschaft in dieser GPK behandelt werden dürfe, wurde der Antrag gestellt, für den Planungskredit Freie Strasse eine separate Botschaft zu verlangen. Der Antrag wurde mit 5 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung angenommen. Stadtrat Urs Müller wollte wissen, ob nun die 130'000 Franken ausgegeben werden dürfen und danach eine Botschaft vorgelegt werden müsste. Die Meinung der GPK war klar erst die Botschaft. Man besitze bezüglich des Projekts Freie Strasse ein recht grosses Wissen.

### Projekt 10 Wannenfildstrasse, Abschnitt Staudenweg bis Spielwiese

Der Antrag wurde gestellt, den Kredit von 60'000 Franken für das Projekt zu streichen und um ein Jahr zu verschieben. Der Antrag wurde nach einer kurzen Diskussion mit 3 Ja- gegen 4 Nein-Stimmen abgelehnt.

### Projekt 11 Zentrumsnahe Stadtentlastung, Vertiefung Machbarkeitsstudie Vorprojekt

Stadtrat Urs Müller bejahte die von einem Mitglied gestellte Frage, ob das Projekt ausgeschrieben werde. Auch wurde die Bemerkung gemacht, dass die Botschaft den Passus enthalten müsste, bei der Ausarbeitung der beiden Varianten mit gleichem Ellen zu messen.

## Grünes Planverzeichnis

### Projekt 8 Grabenstrasse – Rheinstrasse bis Oberstadtstrasse

Ein Mitglied wandte ein, dass hier die verkehrsberuhigenden Massnahmen im oberen Teil der Grabenstrasse nicht aufgeführt seien. Bereits in der Fragestunde habe er die Frage gestellt, ob das während der Bauzeit angewandte Zufahrtsregime in diesem Teil nicht aufrechterhalten wer-



den könne. Wohl bleibe die Zufahrt zu allen Liegenschaften weiterhin bestehen, so die damalige Antwort des Stadtpräsidenten, aber eine langsamverkehrsfreundliche Gestaltung könne er sich vorstellen, was dann mindestens eine verkehrsberuhigende Wirkung zur Folge hätte. Stadtrat Urs Müller beantwortete den Einwand damit, dass die Projektblätter bereits vor der Fragestunde verabschiedet worden seien. Darauf wurde der Antrag gestellt, dass der Text unter Begründung Tiefbau mit dem Satz "Es sind verkehrsberuhigende Massnahmen vorzusehen" zu ergänzen sei. Der Antrag wurde mit 2 Ja- gegen 5 Nein-Stimmen abgelehnt.

Eine Schlussitzung wurde von der GPK Bau und Werke nicht verlangt.

Konto 20 Departementsbezogene Aufwände und Erträge

Keine Wortmeldungen.

Konto 21 Amt für Hochbau und Stadtplanung

Keine Wortmeldungen.

Konto 22 Amt für Tiefbau und Verkehr

Keine Wortmeldungen.

Konto 23 Werkhof

Keine Wortmeldungen.

Rosa Seiten

Keine Wortmeldungen.

Register 6 Investitionen

Gelbe Seiten

Seite 3 Planverzeichnis 2

**Gemeinderat Robert Zahnd (SVP):** Ich stelle den Antrag, der Planungskredit Freie Strasse von 130'000 Franken ist zu streichen. Dasselbe Projekt wurde bereits beim Budget 2018 verworfen, die Argumente haben sich nicht geändert. Dieses Projekt wiederaufzunehmen, ist eine Zwängelei seitens des Stadtrats. In der Begründung schreibt der Stadtrat, dass die gesetzlichen Vorgaben für eine Begegnungszone baulich nicht erfüllt seien. Ich kenne kein solches Gesetz und bitte darum den Stadtrat, mir zu helfen und das Gesetz mit den entsprechenden Paragraphen zu nennen. Wenn mir kein Gesetz genannt werden kann, wird dieses Projekt mit Unwahrheiten begründet. Es wäre also fraglich, ob wir dieses Geschäft auf dieser Basis überhaupt behandeln können. Der Stadtrat beruft sich auf eine Umfrage beim Gewerbeverband. Es ist richtig, dass die Antworten mehrheitlich für das Projekt gestimmt haben. Es haben sich aber nur gerade 14% an dieser Umfrage beteiligt und von diesen haben wiederum nur die wenigsten mit der Freie Strasse überhaupt etwas zu tun. Der Stadtrat bewegt sich mit dieser Umfrage auf sehr dünnem Eis. Für mich ist sie klar zu wenig aussagekräftig, eigentlich sagt sie nichts aus. Der Stadtrat beklagt sich immer über fehlende Finanzen. Solange aber Strassen und Trottoirs in absolut gutem Zustand aufgerissen und das Geld weiterhin für alle möglichen Wünsche ausgegeben wird, laufen der Stadt die Finanzen immer mehr aus dem Ruder. Da helfen auch keine Steuererhöhungen. Ich bitte Sie, den Planungskredit Freie Strasse abzulehnen.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Ich lese Ihnen den Antrag von Gemeinderat Robert Zahnd nochmals vor. Es geht um Register 6 Gelbe Blätter Seite 3 Investition 00402. Der Antrag lautet: "Der Planungskredit Freie Strasse von 130'000 Franken ist zu streichen."

**Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:** Die Argumente haben sich tatsächlich nicht geändert seit letztem Jahr. Meine Fraktion und ich sind nach wie vor der Meinung, dass die Freie Strasse einen besonderen Ort innerhalb der Stadt darstellt. Ich habe sie gedanklich einmal auf einen Spaziergang durch die Stadt mitgenommen und kann auch jetzt noch fragen: Was würden Sie einem Besucher von ausserhalb in Frauenfeld zeigen? Ich glaube, wenn man die Freie Strasse schön herrichtet, ist es gar keine Strasse mehr, sondern ein schöner Platz und dafür lohnt es sich, wenigstens einmal die Planung an die Hand zu nehmen.

**Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott (CH):** Ich möchte auch nochmals darauf hinweisen, dass sich viele engagierte Menschen mit dieser Freie Strasse, mit der Attraktivität unserer Stadt und der Aufwertung dieses Raums beschäftigen, sprich IG FIT und alle, die dahinterstehen und sich definitiv dafür ausgesprochen haben. Ich möchte an Sie appellieren, geben Sie auch den Gewerbetreibenden in der Stadt die Chance, ihre Strasse aufzuwerten, geben Sie uns die Chance, eine attraktive Innenstadt zu haben. Geben Sie sich einen Ruck und sind Sie für den Kredit.

**Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso:** Der Stadtrat hält an der Umgestaltung der Freie Strasse in eine Begegnungszone fest, obwohl sich dieser Rat vor einem Jahr dagegen entschieden hat. Die Argumente der Bürgerlichen waren damals inhaltlich weniger gewichtig als ihre Ratsmehrheit, der einen Marschhalt verlangte. Ich habe mir nochmals das Protokoll der letzten Budgetdebatte zu Gemüte geführt. Das war lustig. Zurück auf Feld eins hiess es für den Stadtrat, der sich aber nicht geschlagen gibt. Gut so. Dass er sich die Unterstützung der IG FIT und des Gewerbevereins Region Frauenfeld holte, sollte jeden in diesem Raum überzeugen. Letztes Jahr wurde die Haltung der IG FIT in diesem Rat noch angezweifelt, heute zieht das Argument für mich nicht mehr. Wie in mehreren Zeitungen und in der Mitteilung der Stadt zu sehen war, haben gleich mehrere Vertreter der IG FIT an einer Medienkonferenz ihren Kopf in die Kamera gehalten und betont, dass ein Grossteil ihrer Mitglieder für die Aufwertung der Strasse ist. Der Coup gelang dem Stadtrat aber mit der Schützenhilfe des Gewerbevereins Region Frauenfeld, dem über 380 Mitgliedsfirmen angehören, einige dieser Vertreter sitzen heute auch in diesem Raum. Die Unterstützung dieser Umgestaltung ist meiner Meinung nach mittlerweile dermassen breit, dass man definitiv nicht mehr von einer gewerbe-feindlichen Massnahme sprechen kann. Im Gegenteil. Daher präsentiert sich die SP ein weiteres Mal gern als Gewerbeartei und unterstützt die Pläne des Stadtrats.

**Stadtrat Urs Müller (CH):** Zuerst bedanke ich mich für den Antrag. Was wäre schon meine letzte Budgetdebatte als Departementsvorsteher Bau und Verkehr ohne einen solchen Streichungsantrag? Und ich erinnere daran, bei der letzten Budgetdebatte war ich ja nicht dabei. Ich merke aber, Sie sind anscheinend ein bisschen müde des Debattierens um das Thema Freie Strasse. Wir debattieren es auch schon seit der Budgetsitzung 2016 und es stellt sich somit die Frage: Wie gehen wir weiter? Erstens möchte ich klar aufzeigen, wir haben diesen Antrag sehr transparent nochmals vorgelegt. Es ist nicht so, dass wir da etwas verstecken wollten mit diesem Blatt 2. Ich habe es auch in der GPK angekündigt, dass wir mit der Freie Strasse nochmals kommen. Auch ich habe natürlich in den Analen nachgelesen und mir die Protokolle zu Gemüte geführt, es ist wirklich sehr unterhaltsam. Letztes Jahr fielen Stichworte wie: "Marschhalt gefordert", "zuerst will man übergeordnet mehr wissen, was läuft". Da muss ich schon sagen, wir haben eine veränderte Ausgangslage. Gemeinderat Geuggis hat das im Eintreten auch erwähnt. Die veränderte Ausgangslage betrifft einerseits die IG FIT, die klar dahintersteht, anderseits noch den Gewerbeverein. Wir haben ein Vorstandsmitglied hier. Jetzt darf ich dich Chris-

toph Tschanen, anschauen, du darfst dich gern äussern. Letztes Mal wurde uns quasi noch unterstellt, wer diesen Zeitungsbericht geschrieben hat, das steht auch im Protokoll. Wenn es angezweifelt wird, wie es sich um den Vorstand des Gewerbevereins verhält, dann bitte ich dich Christoph, dazu noch etwas zu sagen. Aber nicht nur das ist die veränderte Ausgangslage, sondern eben auch übergeordnet für diejenigen, die zuerst wissen wollten, was mit der Stadtentlastung passiert. Hier hat sich der Stadtrat im letzten und in diesem Jahr klar positioniert. Also andere Ausgangslage. Wir sind überzeugt, dass die Freie Strasse aufgewertet werden soll und aufgewertet werden muss. Wie weit ich jetzt hier noch auf Details eingehen soll, da stellt sich mir ein bisschen die Grundsatzfrage. In der GPK-Sitzung wurde der Antrag für eine Botschaft angenommen und ich darf Ihnen sagen, der Stadtrat verwehrt sich dem nicht, es soll allerdings eine Ausnahme bleiben. Das heisst, ich würde sowieso vorschlagen, diesen Streichungsantrag abzulehnen und dann die Detailberatung separat bei Vorlage der Botschaft vorzunehmen, auch wenn wir Sie dann halt noch einmal zu diesem Thema bemühen.

Ein Detail möchte ich dann doch noch bringen und ich verbitte mir hier die Unterstellung, wir machen etwas oder schreiben etwas im gelben Blatt, was nicht stimmt. Hier spreche ich Gemeinderat Zahnd an. Durch die SVP wurde bereits am 7. Dezember durch Andreas Elliker nachgefragt, wie es sich mit den gesetzlichen Vorgaben verhält. Thomas Müller hat das beantwortet. Ich beantworte das gern auch hier nochmals. Es gibt nicht eigentlich den genauen Gesetzesartikel, der jetzt sagt, es hat so und so zu sein. Aber es gibt die Verordnung über die Tempo-30-Zonen und die Begegnungszonen. Diese wurde in dieser Mail auch zugestellt. Dieser ist eidgenössisch und hier gelten verschiedene Grundsätze wie Art. 5 Gestaltung des Strassenraums Abs. 3: Zur Einhaltung der angeordneten Höchstgeschwindigkeit sind nötigenfalls weitere Massnahmen zu ergreifen wie das Anbringen von Gestaltungs- oder Verkehrsberuhigungselementen. Das Problem ist, Sie finden keinen Gesetzesartikel, der genau sagt, Sie müssen das Trottoir auf das gleiche Niveau bringen. Aber die Sache verhält sich so, Bewilligungsinstanz für Verkehrsanordnungen ist der Kanton, genauer gesagt das DBU. Und heute ist rein rechtlich als Begegnungszone bewilligt - auch das sage ich nicht zum ersten Mal in diesem Rat, nur der Bereich Zürcherstrasse und der Bereich vor der evangelischen Kirche, der auf dem gleichen Niveau ist. Das heisst, der Kanton fordert dies. Es gibt seitens Kanton auch noch ein Merkblatt des Departements Bau, Verkehr und Umwelt dazu, wo die Unterschiede zwischen Tempo-30-Zone und Begegnungszone aufgelistet sind. Und ein wesentlicher Unterschied bei der Begegnungszone ist eben - ich zitiere hier "Keine Trottoirs, Fussgänger bewegen sich auf derselben Ebene wie der motorisierte Individualverkehr." Das sind die Grundlagen, auf die wir uns abstützen, ob wir die wollen oder nicht. Sie kommen vom Kanton, der Kanton muss es bewilligen. Wir haben Nachmessungen gemacht, die Nachmessungen haben gezeigt, es wird zu schnell gefahren, ergo es müssen diese Massnahmen ergriffen werden, ansonsten der Kanton die immer noch eigentlich provisorisch bewilligte Begegnungszone nicht genehmigt. Das sind die gesetzlichen Vorgaben, an die wir uns zu halten haben, ob die uns jetzt gefallen oder nicht und ob es genauso steht oder nicht. Damit möchte ich aber schliessen. Ich bitte Sie, den Streichungsantrag abzulehnen und die detaillierte Beratung in der Botschaft zu führen, wo wir dann auch die Vorgaben der Stadt, welche der Stadtrat für dieses Projekt gemacht hat, in der Botschaft finden.

**Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP):** Ich spreche als Vorstandsmitglied des Gewerbevereins. Es ist richtig, der Gewerbeverein Frauenfeld besteht aus knapp 400 Mitgliedern. Diese 400 Mitglieder setzen sich zusammen aus Handel, typischen Gewerbetreibenden, Dienstleistern in allen Bereichen. In regelmässigen Abständen werden im Verein Umfragen getätigt. Diese Umfrage beinhaltete genauso eine Frage: Was ist Ihre Meinung zur Freie Strasse? Soll dort eine Begegnungszone entstehen? Das war auch Thema der letzten Umfrage und Grundlage des Entscheids des Vorstands, dass man das unterstützt. Wie Robert Zahnd sagte, haben 14% der Gewerbetreibenden diese Umfrage beantwortet. Das sind sehr wenige und wir haben uns gefragt, warum es so wenige sind. 75% dieser 14%, also rund 40 Personen oder 40 Gewerbetreibende

haben sich zur Freie Strasse geäußert und haben das befürwortet. Das sind rund 10% aller Mitglieder. Das war die Basis, dass man schlussendlich sagte, man trägt das.

Was für mich als Person respektive als Fraktionspräsident die Frage ist: Vor der letztjährigen Budgetdebatte sind zwei unserer Mitglieder zu allen Gewerbetreibenden gegangen, haben jede Klinker in die Hand genommen und sie gefragt: Was denkt ihr zur Freie Strasse und zu dieser Begegnungszone? Die Mehrheit sagte damals ganz klar, sie sind nicht dafür, dass da irgendwelche Parkplätze und Restriktionen getätigt werden, so dass sie dann ihren Zulauf nicht mehr haben in ihren Geschäften. Das ist für uns der ausschlaggebende Grund und die Grundlage, dass wir immer noch der Meinung sind, dass wir hier eine ablehnende Haltung haben. Ich denke, das ist schlussendlich die einzige richtige Lösung, dass man eine Botschaft hat und aufgrund dieser Botschaft darüber philosophieren respektive sich austauschen kann und die Direktbetroffenen so befragen kann. Ich denke, es sind auch nicht alle gleicher Meinung. Das ist ganz klar. Aber die Mehrheit der Direktbetroffenen soll sich dann dazu äussern und auch unserem Rat überzeugen können.

**Gemeinderat Peter Hausammann (CH):** Nur ganz kurz nochmals. Ich verstehe jetzt diesen Antrag auf Streichung aus dem Budget nicht mehr. Mir war das nicht ganz klar, wir haben es in der Fraktion diskutiert, weil der Stadtrat ja in der GPK auch gewisse Argumente gebracht hat, dass man da nicht unbedingt eine Botschaft bringen müsse. Heute haben wir gesagt, dass eigentlich alle Fraktionen gern eine Botschaft wollen zu dieser Geschichte. Jetzt hat der Stadtrat gesagt, er bringe eine Botschaft, jetzt hat auch der Präsident der SVP/EDU-Fraktion gesagt, er finde es auch richtig, dass man diese Botschaft anschaut, diese abwartet und aufgrund dieser Botschaft entscheidet. Dann gibt es für mich nur eins. Dann würde ich doch beliebt machen, dass man diesen Streichungsantrag aus dem Budget zurückzieht. Er würde ja auch nichts bringen. Wenn ja klar ist, dass die Botschaft kommt, dann bringt es nichts, wenn man das jetzt aus dem Budget streicht. Ich verstehe das echt nicht, wenn man ja diese Botschaft will, diese ja jetzt auch noch durchgesetzt hat, was der Stadtrat ursprünglich nicht wollte, dann ist doch das in Ordnung so.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Die Präsidentin hat einen Antrag erhalten und die Präsidentin wird über den Antrag abstimmen lassen.

**Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU:** Ich möchte nur noch ganz kurz richtigstellen. Ich habe einleitend in meinem Votum unserer Fraktion gesagt, dass wir nur für eine Botschaft sind, wenn unser Antrag nicht durchkommt.

### **Abstimmung**

Der Antrag, den Planungskredit Freie Strasse von 130'000 Franken zu streichen, wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 13 Enthaltungen angenommen.

Die Abstimmung wird wiederholt, weil das Büro die Zahlen nicht nachvollziehen kann.

### **Abstimmung**

Der Antrag, den Planungskredit Freie Strasse von 130'000 Franken zu streichen, wird mit 12 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt.

Grüne Seiten

Keine Wortmeldungen.

Rosa Seiten

Keine Wortmeldungen.

Blaue Seiten

Keine Wortmeldungen.

### **Departement 3 Werke, Freizeitanlagen und Sport**

**Gemeinderätin Ursula Duewll (FDP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Mit Inkrafttreten der Teilrevision des Geschäftsreglements für den Gemeinderat per 1. Juli 2018 wurde das Amt unserer GPK zugewiesen. Anfang September liessen sich die GPK-Mitglieder von Amtsleiter Fabrizio Hugentobler an einer zusätzlichen Sitzung über die Sport- und Freizeitanlagen informieren. Anschliessend besuchten wir die Sportanlagen, um uns ein eigenes Bild über den Zustand der einzelnen Anlagen zu machen. Dadurch konnten die GPK-Mitglieder an der Budgetsitzung vom 20. November besser nachvollziehen, warum die alten Anlagen einen höheren Unterhaltsbedarf aufweisen. Dies gilt auch für den Betrieb des Hallenbads, bei dem nur noch das Nötigste gemacht wird, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Vor allem die Konten mit den Budgeterhöhungen gaben zu Diskussionen Anlass.

Im Konto 3110.3101.00 Betriebs- und Verbrauchsmaterial ist die Erhöhung des Budgets darauf zurückzuführen, dass bei der Sportlerehrung nicht mehr Zinnbecher oder Rosen abgegeben werden, sondern Gebrauchsgegenstände wie Trinkflaschen und Stirnlampen etc., was bei den Geehrten sehr gut ankommt.

In Konto 3111.00 Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge beinhaltet die Erhöhung des Budgets von 700 Franken auf 18'700 Franken die Anschaffung einer Street-Workout-Anlage. Das Bedürfnis nach solchen Freizeitanlagen zur Gesundheitsförderung und Sport sei sehr gross. Ein Teil der Anlage soll auch durch Sponsoring finanziert werden.

Die Budgeterhöhungen in den Konten 3102.00 Drucksachen, Publikationen und 3120.40 Marketing wurden damit begründet, dass im nächsten Jahr vor allem im Bereich Hallenbad mehr Aufklärungsinformationen für die Bevölkerung gemacht werden müssen. Der Finanzchef bestätigte die Richtigkeit dieser Kontozuweisungen, da es sich um Informationen zum laufenden Betrieb handle.

Die GPK diskutierte auch die Einlage in die Vorfinanzierung Hallenbad und das lachsfarbene Papier der GPK Finanzen und Administration. Gemäss Aussage des Finanzchefs ist aufgrund der Streichung der Steuerfusserhöhung von 60 auf 62 die Einlage auf Budgetebene nicht mehr zulässig. Die Einlage in die Vorfinanzierung kann jedoch bei einem positiven Rechnungsabschluss im Frühjahr 2020 vom Rat beschlossen werden. Dem Antrag der GPK Finanzen und Administration wurde mit 5 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Weitere Fragen zur Kunsteisbahn und Freizeitanlagen wurden vom Amtsleiter zufriedenstellend beantwortet. Bei den Sportanlagen gab es Fragen zur Budgeterhöhung im Konto 3111.00 Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge. In diesem Konto werden, falls die Beachvolleyballhalle realisiert wird, die notwendigen Anpassungen verbucht. Der Rat hat der Landvergabe zugestimmt, zurzeit mangelt es aber noch an der Finanzierung.

Angesprochen auf die getätigten Sparbemühungen informierte uns der Amtsleiter, dass das Budget gegenüber dem ersten Entwurf um rund 300'000 Franken gesenkt wurde. Er versicherte jedoch, dass bei den Sicherheitsmassnahmen nicht gespart wird.

Die Investitionsrechnung sieht bei der Kunsteisbahn die Sanierung des Restaurants mit Küche, Buffet und Ersatzbeschaffung Mobiliar vor. Dies erfolgt gemäss Entwicklungskonzept Gastronomie bei allen Betrieben. Jedoch aufgrund des Pächterwechsels im Sommer 2018 erfolgt dies ein Jahr später als geplant.

Die GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen verzichtet auf eigene Anträge und stimmt mit 5 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Budget des Departements zu. An dieser Stelle ein Dankeschön an alle Mitarbeiter und Amtsleiter für die geleistete Arbeit.

Weisse Seiten

Konto 30 Departementsbezogene Aufwendungen und Erträge

Keine Wortmeldungen.

Konto 31 Amt für Freizeitanlagen und Sport

Seite 74 Konto 3111.00 Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge und Werkzeuge

**Gemeinderat Christoph Keller (SVP):** Ich beantrage, die 18'000 Franken für die hier budgetierte Street-Workout-Anlage zu streichen. Bei diesem Projekt handelt es sich um ein Prestigeobjekt aus der Kategorie nice to have. Es ist natürlich verlockend, eine solche Anlage mit einem so urban klingenden Namen im Angebot zu haben. Wenn wir aber mit, wie in diesem Budget mehrfach erwähnt, unbeeinflussbaren Kostensteigerungen unter anderem im Gesundheitswesen und bei den Sozialausgaben in sechsstelliger Höhe rechnen müssen, ist es zwingend, dort zu sparen, wo es noch möglich ist. Wenn diese Anlage wirklich ein grosses Bedürfnis ist, sollen sich die interessierten Kreise melden und zusammen mit den Departementsverantwortlichen ein Vorgehen planen. In diesem Bereich wäre sicher auch ein Sponsoring zu prüfen. Weiter ist auch der Standort noch völlig offen. Wenn das Bedürfnis wirklich abgeklärt und erwiesen ist, kann die Anlage zu einem späteren Zeitpunkt immer noch in ein Budget aufgenommen werden. Aber eben, momentan ist Sparen angesagt, bei dieser Position ist Sparen möglich. Ich bitte Sie deshalb, diesen Streichungsantrag zu unterstützen.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Zu diesem Konto liegt mir schon ein zweiter Antrag vor.

**Gemeinderat Elio Bohner (CH):** Viel gibt es nicht beizufügen. Es handelt sich definitiv um ein unfertiges Projekt, das zudem auch noch den bereits bestehenden Vitaparcours maximal ergänzt. Dazu auch noch die Frage, ob das Departement überhaupt das richtige ist. Wenn, müsste das doch eher zur Gesundheitsförderung statt zu den Freizeitanlagen. Ich finde, wir brauchen kein zweites Venice Beach hier in Frauenfeld. In diesem Sinn bitte ich Sie, den Antrag zu unterstützen.

**Stadtrat Ruedi Huber (SVP):** Aufgrund der heutigen und momentanen Finanzlage kann ich die Sparbemühungen nachvollziehen. Für mich selber wäre es ein Leichtes, mich bei meinem letzten Budget auf meinem Stadtratsstuhl zurückzulehnen und Ihren Streichungsantrag, geschätzter Gemeinderat Keller, hinzunehmen. Ich selber brauche keine Street-Workout-Anlage mehr. Dazu bin ich zu alt und dazu fehlen mir auch die Muskeln. Aber wir haben einen Auftrag auch in diesem Bereich. Wir haben den Auftrag, allen Sportbegeisterten in unserer Stadt die Möglichkeit zu bieten, etwas für die Gesundheit zu tun. Und da müssen wir auch nicht diskutieren Herr Bohner, in welchem Departement das ist. Wir unterstützen den Sport heute vor allem auch aus Gesundheitssicht. Wir haben in der letzten Zeit und den letzten Jahren das städtische Sportangebot nur marginal ausgedehnt. Praktisch gar nicht, nur der Pumtrack, sonst eigentlich nichts. Wir haben

uns darauf fokussieren müssen, das bestehende Angebot zu halten. Und es gibt nun mal Jugendliche, welche sich in einem Verein oder Fitnesscenter nicht zu Hause fühlen, draussen im Freien jedoch schon, vor allem, wenn noch einige hübsche Damen zuschauen. Gemeinderat Keller, Sie wissen, Oberstufenschüler ticken verschieden. Übungen mit dem eigenen Körpergewicht sind wieder im Trend. Das sieht man auch, indem die Zürich Versicherung solche Anlagen teilweise auch sponsert. Und das wäre auch die Idee, dass etwas mitgesponsert wird. Allein bauen wir eine solche Anlage nicht. Die Street-Workout-Anlage wäre eine kostengünstige Abrundung des Sportangebots in unserer Stadt und es wäre auch nicht verboten, die Anlage eventuell in der Nähe des Vitaparcours aufzustellen, es hat dort noch Platz. Aber wir würden das wirklich nur machen, wenn Sponsoringgelder fliessen. Auch ich zahle nicht gern Steuern, aber ich habe in dieser Stadt auch schon viele Steuern bezahlt. Und ich bezahle sie, wenn ich das Gefühl habe, wir machen etwas Sinnvolles. Mir ist es ein Anliegen, dass Jugendliche, die etwas vereinsfern sind, sich körperlich betätigen. Mir ist es lieber, wenn unsere Jungen in einer Street-Workout-Anlage hängen, das kostet nämlich weniger, als wenn sie am Bahnhof herumhängen. In diesem Sinn bitte ich Sie, den Streichungsantrag abzulehnen.

### **Abstimmung**

Der Antrag der Fraktionen SP/GWB/Juso und CH/Grüne/GLP sowie von Gemeinderat Christoph Keller, den Betrag von 18'000 Franken in Konto 3111.00 zu streichen, wird mit 36 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung angenommen.

Rosa Seiten

Keine Wortmeldungen.

Register 6 Departementsbezogene Investitionen

Weisse Seiten

Keine Wortmeldungen.

### **Departement 4 Alter und Gesundheit**

**Gemeinderat Christoph Keller (SVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** An der GPK-Sitzung vom 20. November wurden wir eingehend und transparent über die Budgetzahlen 2019 ins Bild gesetzt. Die budgetierten rund 425'000 Franken Mehrausgaben setzen sich aus einem Plus von 220'000 Franken bei der Prämienverbilligung, einem Plus von 50'000 Franken bei den Pflegeleistungen, einem Plus von 140'000 Franken bei der Pflegefinanzierung stationär sowie einem Plus von 15'000 Franken bei der Spitex zusammen. Da es sich hierbei um unbeeinflussbare Mehrkosten handelt, wurde in der GPK darüber auch nicht gross diskutiert. Elsbeth Aepli und Amtsleiter Urban Kaiser erklärten, dass sich diese Mehrausgaben nicht einfach wegsparen lassen. Da es sich im Departement Alter und Gesundheit zu 85% um gebundene Ausgaben handelt, ist der Spielraum sehr klein. Urban Kaiser gab der GPK mit zahlreichen Zusatztabelle und den letzten sechs gelben Seiten im Register 3 sehr detailliert Rechenschaft über seine Arbeit. Informativ war dabei vor allem auch der jährliche Zusammenschluss der Spitexzahlen, mit welchem auch ein Mehrjahresvergleich möglich ist. Aber auch hier wird eine Hauptschwierigkeit in diesem Departement ersichtlich. Die Budgetierung ist schwierig und die zu finanzierenden Leistungen sind zumeist übergeordnet geregelt und praktisch unbeeinflussbar. In der GPK wurde das Budget des Departements 4 Alter und Gesundheit von Stadträtin Aepli einstimmig gutgeheissen und verdankt.

Konto 40 Departementsbezogene Aufwendungen und Erträge

Keine Wortmeldungen.

Konto 41 Amt für Alter und Gesundheit

Keine Wortmeldungen.

Rosa Seiten

Keine Wortmeldungen.

Gelbe Seiten

Keine Wortmeldungen.

## **Departement 5 Gesellschaft und Soziales**

**Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** In diesem Abschnitt mussten wir einen Anstieg der Ausgaben um gut 1.2 Millionen Franken zur Kenntnis nehmen. Wir haben uns darüber natürlich nicht gefreut, aber es wurde uns stimmig erklärt, sodass es keine Streichungsanträge gab, auch zumal ein grosser Teil gebundene Ausgaben sind, über die wir uns ärgern können, aber mehr liegt nicht in unserer Macht. Es ist gut 1 Million Franken höher als das Budget 2018 und 2.5 Millionen Franken höher als die Rechnung 2017. Die Zahlen basieren auf der Hochrechnung der Rechnung 2018 bis im Sommer. Eben Zahlen, über die wir uns ärgern, aber nicht viel machen können.

Der Löwenanteil dieses Anstiegs fällt auf das Amt für Soziale Dienste, nämlich 984'000 Franken Mehrausgaben, die vor allem aus zwei Konten kommen. Das Konto 5110.3637.51 auf der Seite 99 Unterstützung Schweizer ist um 43'000 Franken angestiegen. Dabei ging es vor allem um Fremdplatzierungen, die in der Zeit bis jetzt im 2018 teurer kamen. Es waren nicht mehr, aber es waren teurere. Das ist nicht eine Tendenz, das ist die gute Nachricht. Sondern das sind einfach Einzelfälle. Aufgrund der Hochrechnung hat man so weitergerechnet, das kann aber gut im nächsten Jahr auch anders sein, da können wir hoffen. Die andere Mehrausgabe kommt von den Krankenkassenprämien und den Mieten. Das ist eine Tendenz, die wir ja auch aus unserem Alltag kennen. Die steigen beide an und man muss damit rechnen, dass das nicht hinuntergeht, sondern eher weiter ansteigt.

Der zweite Teil der höheren Kosten sind Mindereinnahmen von gut 600'000 Franken im Konto 5110.4260 Es geht um die Rückerstattung der Sozialversicherung für Thurgauer und für Ausländer. Das ist etwas, was wir nicht steuern können. Wir können es zur Kenntnis nehmen, ob wir es wollen oder nicht.

In der Besprechung der GPK hatten wir noch verschiedene Diskussionen und es gab einige Bemerkungen zu einzelnen Konten.

5111 Asyl

Da sind die Kosten um gut 50'000 Franken zurückgegangen. Das Amt erklärt das damit, dass sie starke Bemühungen zeigen, die Menschen möglichst schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren und die Zahlen ihren Bemühungen auch Recht geben.

5112 Berufspraktika



Da sind 95'000 Franken weniger Ausgaben, die eigentlich nicht so erfreulich sind. Die Stadt hat in den letzten Jahren ein eigenes Beschäftigungsprogramm gemacht, indem Menschen kurz vor dem Eintritt in den Arbeitsmarkt in den städtischen Werken eine Praktikumsstelle finden konnten, die sie auf das Arbeitsleben vorbereitet. Es wurden aber im letzten Jahr weniger Personen gefunden, die dafür passen. Darum wird jetzt dieser Budgetposten entsprechend reduziert.

#### 5130.4260.60 Rückerstattung Alimentenbevorschussung

Da wurden 40'000 Franken weniger eingenommen. Der Amtsleiter sagte, das ist eine doofe Tendenz, dass man bei der Alimentenbevorschussung immer weniger Geld zurückerhält. Das ist der Fall, weil Väter sich häufig ins Ausland absetzen oder schlicht untertauchen. Von ihnen kann man kein Geld mehr holen. Da ist nicht viel zu machen. Wir haben jetzt über Sozialdetektive abgestimmt, vielleicht gibt es ja dann auch eine Tendenz, dass man die wieder ausfindig machen kann, aber das ist eine schwierige Sache.

Das Amt für Soziale Dienste gab uns nicht viel Grund zu Diskussionen. Wir haben aber als GPK dem Amtschef Turi Schallenberg unseren Dank für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr ausgesprochen, weil er ja das Amt auf Ende Januar verlassen wird. Wir wünschen ihm alles Gute.

Zum zweiten Teil dieses Abschnitts, zum Amt Gesellschaft und Integration unter der Nummer 52 ab Seite 104 hatten wir Mehrkosten von 100'000 Franken vor allem auf zwei Posten. Das eine ist auf Seite 108 5202.3010.00 25'000 Franken mehr für eine Ausbildungsstelle für eine Praktikantin beim 20gi. Diese kommt nicht in den Stellenplan, weil es eine Ausbildungsstelle ist, die auch nicht das ganze Jahr über besetzt ist, sondern halbjährlich jeweils einmal im Jahr eine Praktikantin die Gelegenheit bekommt, sich da auszubilden.

Der zweite grössere Posten sind 70'000 Franken beim Beitrag an die Kindertagesstätten unter dem Konto 5203.3636.20 auf der Seite 110. Die Nachfrage nach subventionierten Plätzen in den Kitas hat zugenommen. Der Hintergrund ist ein gesellschaftlicher. Einerseits dass es mehr Teilzeitangebote gibt in der Gesellschaft, dass mehr Leute, gerade auch mehr Mütter die Gelegenheit bekommen zu arbeiten und während dieser Zeit Betreuungsplätze in Anspruch nehmen. Das zweite, was uns genannt wurde, ist, dass mehr Personen in den Arbeitsprozess integriert werden können. Damit das erfolgreich gemacht werden kann, braucht es Plätze, wo die Kinder betreut werden, während sie an der Arbeit sind.

Ich darf im Namen der GPK an Markus Kutter und auch an Christa Thorner unseren Dank aussprechen für ihre gute Arbeit. Die GPK hat das Budget mit 5 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen.

#### Konto 50 Departements bezogene Aufwendungen und Erträge

Keine Wortmeldungen.

#### Konto 51 Amt für Soziale Dienste

Keine Wortmeldungen.

#### Konto 52 Amt für Gesellschaft und Integration

Keine Wortmeldungen.

Rosa Seiten

Keine Wortmeldungen.

#### **Register 4 Finanzplan 2020 bis 2022**

Keine Wortmeldungen.

#### **Register 5 Finanzkennzahlen**

Keine Wortmeldungen.

#### **Register 7 Budget der Werkbetriebe 2019**

**Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der GPK Bau und Werke:** Die GPK hat das Budget der Werkbetriebe eingehend beraten. Vor der Beratung wurden wir umfassend über den aktuellen guten Zustand der Werkbetriebe durch Stadtrat Ruedi Huber, den Leiter der Werkbetriebe Peter Wieland sowie den kaufmännischen Leiter Michael Gemperle informiert und im Rahmen der Beratung standen uns diese Herren ebenfalls zur Verfügung. Was man feststellen konnte, dass bei den Werkbetrieben ziemlich Zug drin ist, sicher auch ausgelöst einerseits durch die laufende Klärung der Eigentümerstrategie und vor allem auch durch den neuen Leiter der Werkbetriebe. In der GPK wurden folgende Positionen näher besprochen:

Seite 2 in Register 7 610 Unterhalt Betriebs- und Versorgungsanlagen

Bei diesem Konto gibt es eine grosse Differenz gegenüber dem letzten Budget. Es wurde gefragt, was der Grund dafür sei. Gemäss Michael Gemperle versuchte man, aufgrund der Rechnungszahlen aus dem Jahr 2017 möglichst genau zu Budgettieren und habe eine gewisse Sicherheit der Häufigkeit weggelassen. Stadtrat Ruedi Huber ergänzt, dass man knapper budgetiert. Das Risiko in diesem Zusammenhang ist, dass das Budget einmal nicht ausreicht und überzogen werden müsste. Er hat die GPK um eine Meinung zu diesem Vorgehen gebeten. Die GPK kam nach kurzer Diskussion zum Schluss, dass dieses Vorgehen begrüsst wird. Falls einmal eine Überschreitung notwendig wird aufgrund aussergewöhnlicher Ereignisse, muss man das sauber begründen, dann wird das auch keine weiteren Probleme mit sich bringen.

Zu 6.9 Abschreibungen und Einlagen/Bezüge auf Seite 4: Ein Gemeinderat fragte, wie es in Frauenfeld bzw. mit der synthetischen Bewertung stehe. Peter Wieland erklärte, dass es dazu ein Bundesgerichtsurteil gebe und man synthetisch abschreiben dürfe. In Frauenfeld sei dies aber kein Thema. Weiter wollte der Gemeinderat wissen, wie er die Erläuterungen zum Gesamtergebnis interpretieren müsse und ob man mit dem Nettoertragsüberschuss machen könne, was man wolle. Michael Gemperle antwortete, dass kein Plan bestehe, was mit dem Nettoertragsüberschuss geschehe. Im Normalfall werde der Nettoertragsüberschuss ins Eigenkapital übertragen. Peter Wieland erklärte weiter, dass die Werkbetriebe auch Gewinne brauchen, um für die Zukunft fit gemacht zu werden. Man habe auch einige Investitionen in der Pipeline, die zuerst aber noch im Stadtrat diskutiert werden müssen, daher wollte er eher nicht weiter ins Detail gehen, worum es da geht.

Zu 340 Arbeiten Dritte und Netzarbeiten auf Seite 7: Bei diesem Konto gibt es eine grosse Differenz gegenüber der Rechnung 2017. Was ist der Grund dafür? Gemäss Michael Gemperle ist dies auf den Verkauf von Biogaszertifikaten an Dritte zurückzuführen, welche es im Jahr 2017 noch gab und heute nicht mehr, da das eigene Biogas heute direkt verkauft werde.

Zur Investitionsrechnung Planverzeichnis 1 pinke Blätter Seite 1: Ein Gemeinderat interessiert sich für das Thema Batteriespeicher und will wissen, wie es mit der Lebensdauer aussieht. Peter Wieland teilt mit, dass die Frage nicht beantwortet werden kann, da man noch keine Erfahrung damit habe. Man starte in dem Sinn auf der grünen Wiese und es sei ein Pilotprojekt. Das Ziel ist es, dass die Werkbetriebe sich in diesem Bereich eine Kompetenz erarbeiten können, um auch für Projekte von Privaten gerüstet zu sein. Da die geplante Anlage auf dem Areal der Werkbetriebe realisiert werden soll, können die Erfahrungen vor Ort mit kurzen Wegen gesammelt werden. Dank der verschiedenen Solaranlagen auf dem Areal kann die Pilotanlage optimal getestet werden und vielseitige Erfahrungen können gemacht werden.

Die GPK hat dem Budget 2019 der Werkbetriebe einstimmig zugestimmt, die Finanzpläne wurden zur Kenntnis genommen.

Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung und Finanzplan 2020 bis 2022

Keine Wortmeldungen.

Investitionsdetails

Keine Wortmeldungen.

## **Register 8 Budget 2019 für das Alterszentrum Park**

**Gemeinderat Christoph Keller (SVP), Referent im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen:** Die vier Teilrechnungen wurden uns an der GPK-Sitzung vom 20. November von Stadträtin Aepli und Zentrumsleiter Liepelt transparent und aufschlussreich präsentiert. Bei einem Gesamtumsatz von rund 19.5 Millionen Franken sieht der Gesamtvorschlag ein leichtes Plus von rund 40'000 Franken vor. Dabei wurde deutlich, dass im AZP laufend Bestrebungen im Gang sind, um die Kostengenaugigkeit zu erhöhen. Als Beispiel dafür dient die im heutigen Traktandum 4 beschlossene Erhöhung des Betreuungszuschlags der geschützten Wohngruppe für Menschen mit Demenz. Weiter werden neu auch Pauschalen für Neueintritte, Austritte und Zimmerwechsel verrechnet, was in anderen Heimen im Kanton ebenfalls gebräuchlich ist. Kurzaufenthalte werden abhängig von der Aufenthaltsdauer auch nach einem neuen Tarif verrechnet. Ebenfalls mit einem höheren Zuschlag müssen Auswärtige rechnen, die im AZP ein Einz Zimmer belegen möchten. Diese Beispiele zeigen, dass die Verantwortlichen die Kosten laufend justieren, um ein ausgeglichenes Budget präsentieren zu können. An der GPK-Sitzung wurden wir auch darüber informiert, dass Bewerbungen im HF-Bereich stark rückläufig seien. Die jungen Berufsleute ziehen die Pflege im Spital der Langzeitbetreuung im Pflegeheim vor. Die Rekrutierung von qualifiziertem Berufsnachwuchs ist dringend nötig.

Im Haus Ergaten Talbach belaufen sich bei einer geplanten 94 % Belegung Aufwand und Ertrag bei 15.7 Millionen Franken. Eingeplant sind verschiedene werterhaltende Unterhaltsarbeiten im Rahmen von rund 300'000 Franken. Um die Kosten etwas einzudämmen, werden knapp 40'000 Franken aus der ansehnlich geöffneter Spezialfinanzierung Renovationen und Defizitdeckung entnommen.

Beim Betreuten Wohnen belaufen sich die Einnahmen auf 562'000 Franken, die Ausgaben liegen knapp 10'000 Franken darunter.

Die Pflegewohngruppe für Menschen mit Demenz wird zu einem eigentlichen Kompetenzzentrum für Demenz entwickelt. Die diesbezüglich geplanten Anpassungen wurden ja bereits im Traktandum 4 erwähnt und detailliert beschrieben und von diesem Rat ja heute auch bewilligt.

In der Parksiedlung Talacker wird die Bewegungserwartung von 98% auf 96% reduziert. Das laufende Jahr hat gezeigt, dass bei Mieterwechseln auch Leerstände einberechnet werden müssen. Da auch der Gesundheitszustand der Bewohner schwer einschätzbar ist und sich kurzfristig verändern kann, ist das Budgetieren in diesem Angebot sehr anspruchsvoll. Erfreulich ist die Tatsache, dass eine langjährige Hypothek im kommenden Jahr auslaufen wird und beim neuen Vertrag mit deutlich besseren Konditionen gerechnet werden kann. Das lässt eine gewisse finanzielle Entspannung erhoffen.

Die praktisch ausgeglichene Rechnung des Tageszentrums Talbach wird auch im Budget 2019 nur durch einen Unterstützungsbeitrag des Fördervereins Tageszentrum und durch weitere Spenden und Stiftungsentnahmen im Wert von insgesamt 40'000 Franken möglich. Da im Tageszentrum nur sieben Bewohner Platz finden, schlägt es stark zu Buche, wenn die Belegung für einmal nicht vollständig ist. Deshalb wird bei diesem Angebot auch mit einer Belegung von 85% kalkuliert. Der Entwicklung in diesem Angebot wird von den Verantwortlichen ein besonderes Augenmerk geschenkt.

Abschliessend darf ich im Namen der GPK vermerken, dass das Alterszentrum Park mit Sicherheit auf Kurs ist und sich die Verantwortlichen alle erdenkliche Mühe geben, die Angebote zeitgemäss zu halten. Aber eben, die Aufgabe ist riesig, die Anlage ist sehr gross, hat ein gewisses Alter und der Druck der Konkurrenz ist spürbar.

Keine Wortmeldungen.

Finanzplan 2020 bis 2022

Keine Wortmeldungen.

## **Register 9 Übersicht Stellenplan**

Keine Wortmeldungen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

**Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso:** Wir kommen zu unserem Antrag zur Wiederaufnahme der Steuererhöhung. Die Fraktion SP/GWB/Juso stellt den Antrag, auf Seite 43 der Botschaft wieder auf die stadträtliche Version zurückzukehren. Entsprechend würde der Antrag 2 lauten: "Die Steuerfusserhöhung um 2% von 60% auf 62% wird genehmigt." Die letzte Senkung wurde gegen unseren Willen beschlossen und es wurde versprochen, dass man, wenn es absehbar schlechtere Zahlen gebe, auch wieder bereit sei, hinauf zu gehen. Nun, die fetten Jahre sind vorbei. Ich bin nicht der erste, der das heute Abend sagt. Wir haben von den Effekten der letzten Jahre profitiert. Jetzt ist es Zeit, zu reagieren und den Steuerfuss wieder anzuheben. Ich bitte Sie, Ihr Versprechen einzulösen, sprichwörtlich zu Ihrem Wort zu stehen und entsprechend mit uns aufzustehen.

**Gemeinderat Samuel Kienast (EVP):** Ich werde den Antrag der Fraktion SP/GWB/Juso unterstützen. Ich empfinde den Vorschlag des Stadtrats, den Steuerfuss auf 62 % zu erhöhen, als vorausschauend, verantwortungsvoll und dass er vertretbar ist. Über die Argumente muss ich nicht mehr viel sagen, sie wurden schon von anderen kompetent erwähnt. Zum vertretbar: Auch wenn wir mit 62% nicht mehr die alleinige Nummer 1 wären, glaube ich, würden wir im Vergleich zu anderen Städten im Kanton Thurgau immer noch gut dastehen. Eine Bemerkung möchte ich noch machen. Wenn wir schon sagen, dass wir die Finanzierung von Projekten erst nach einem Volksentscheid budgetieren sollen, dann könnten wir dasselbe eigentlich auch bei Einkommen von Landverkäufen sagen, dass wir die auch erst nach Volksentscheiden budgetier-

ten sollen. Und wenn wir das so handhaben würden, dann wäre im nächsten Jahr ein Budgetdefizit geplant, das diese 2 Millionen Franken überschreiten würde. Von da her wäre dann eine Grundlage für eine Steuererhöhung gegeben nach den Prinzipien, die sich der Stadtrat gegeben hat. Ich empfinde Frauenfeld als eine Stadt mit einer hohen Lebensqualität, die lebendig und auch solidarisch ist und sein soll. Das kostet halt einfach etwas. Und für eine gute, lebendige und solidarische Stadt bin ich auch bereit, meine Steuern zu bezahlen, auch wenn sie ein bisschen höher ausfallen sollten im nächsten Jahr.

### **Abstimmung**

Der Antrag der Fraktion SP/GWB/Juso wird mit 8 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

### **Abstimmung**

Antrag 1 "Gemäss Art. 15 Abs. 1 des Besoldungsreglements werden für die individuelle Besoldungsanpassung 0.65% und für die Leistungsprämien 0.1 % der Gesamtlohnsumme bewilligt. Eine generelle Lohnanpassung ist aufgrund der ausgeglichenen Teuerung nicht vorzunehmen" wird mit 37 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 0 Enthaltungen genehmigt.

Antrag 2 ist gestrichen.

Antrag 3 "Das Budget 2019 der Stadtverwaltung wird gutgeheissen" wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen genehmigt.

Antrag 4 "Das Budget 2019 der Werkbetriebe wird gutgeheissen" wird einstimmig genehmigt.

Antrag 5 "Das Budget 2019 des Alterszentrums Park wird gutgeheissen" wird einstimmig genehmigt.

Antrag 6 "Die Finanzpläne 2020 bis 2022 der Stadt Frauenfeld, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park werden zur Kenntnis genommen" wird mit 36 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

**Gemeinderatspräsidentin Barbara Dätwyler Weber (SP):** Die Budgets der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für das Jahr 2019, das betrifft Anträge 3,4 und 5 dieses Beschlusses, unterstehen dem Behördenreferendum und dem fakultativen Referendum gemäss Art. 11 der neuen Gemeindeordnung. Wer sich hier und jetzt für ein Behördenreferendum aussprechen möchte, erhebe sich bitte jetzt vom Sitz. – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Die Referendumsfrist für die Stimmberechtigten beginnt demzufolge am 13. Dezember 2018 und endet am 28. Januar 2019.

Somit sind wir am Ende der heutigen Debatte angelangt. Für die Motion "Anpassung Personalverordnung" wurden 18 Unterschriften eingereicht.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 16. Januar 2019 um 18 Uhr statt. Ich danke dem Team der Stadtgärtnerei und dem Team der Stadtkanzlei für die Vorbereitung und Verschönerung der Sitzung. Dir, lieber Herbert danke ich für die tolle Zusammenarbeit und deinen steten Einsatz für den Gemeinderat und das Präsidium im Jahr 2018.

Vor 200 Jahren haben der Priester Josef Mohr und der Lehrer Franz Xaver Gruber aus Tirol zum ersten Mal das Weihnachtslied überhaupt aufgeführt. Stille Nacht, heilige Nacht. Trost, Hoffnung und eine friedvolle Zeit. In diesem Sinn wünsche ich allen besinnliche Adventstage und ein

gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Ich erkläre die Gemeinderats-  
sitzung für geschlossen.

- - -

Schluss der Sitzung: 19:50 Uhr

\* \* \*